

1 Bevölkerung und Demografie

Auszug aus dem
Datenreport 2016

83

Jahre betrug die Lebenserwartung von Frauen und 78 die von Männern nach der Sterbetafel 2010/2012.

30

Jahre war das Durchschnittsalter von Müttern beim ersten Kind im Jahr 2014.

227

Einwohner je Quadratkilometer lebten 2014 in Deutschland.

62 %

betrug der Anteil nicht-ehelicher Geburten 2012 in Ostdeutschland. In Westdeutschland waren es 28 %.



1 Bevölkerung und Demografie

1.1 Bevölkerungs- stand und Bevölkerungs- entwicklung

Claire Grobecker, Olga Pötzsch,
Bettina Sommer

Destatis

Wie viele Menschen leben in Deutschland? Wo wohnen sie und wie alt sind sie? Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demografische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich zum Beispiel in den Zahlen der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt und hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weitreichenden Be-

► Info 1

Datenquelle der Bevölkerungsstatistik und Gebietsstände

Die Bevölkerungszahl wird mittels der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen. Auf den Ergebnissen des letzten Zensus aufbauend führen die statistischen Ämter auf Gemeindeebene die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch Bilanzierung der Ergebnisse der Statistiken über Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik durch. Die Bevölkerungszahlen werden nach jedem Zensus (zuletzt Zensus vom 9. Mai 2011) ab dem Zensusstichtag umgestellt. Die Bevölkerungsfortschreibung liefert demografische Grunddaten über die gesamte Bevölkerung wie Geschlecht, Alter, Familienstand und Staatsangehörigkeit (deutsche beziehungsweise nicht deutsche Staatsangehörigkeit).

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 werden in der amtlichen Statistik grundsätzlich nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen. Soweit bei Bevölkerungsangaben noch ein getrennter Nachweis für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder erfolgt, ist Berlin nicht enthalten.

darfs an demografischen Daten gehört die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Die Statistiken werden seit 1950 in der jetzigen Form geführt, die Zeitreihen gehen teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück. [► Info 1](#)

Weitere Informationen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund bietet

Kapitel 7.3, Seite 218. Daten zum Thema Asyl enthält Kapitel 8, Seite 245.

1.1.1 Bevölkerungsstand

Bei den vorliegenden Bevölkerungszahlen für 2014 handelt es sich um Fortschreibungsergebnisse auf Basis des Zensus 2011. Dieser Fortschreibung zufolge lebten Ende 2014 in Deutschland rund 81,2 Mil-

lionen Personen, davon waren 49 % männlich und 51 % weiblich. Gegenüber 2013 ist die Bevölkerung damit um 430 000 Einwohnerinnen und Einwohner beziehungsweise um 0,5 % gewachsen. Rund 65,2 Millionen Personen (80 %) lebten in den alten Bundesländern, 12,5 Millionen (15 %) in den neuen Bundesländern und 3,5 Millionen (4 %) in Berlin.

► Tab 1 Bundesländer nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte 2014

	Regierungssitz	Fläche	Bevölkerung			Einwohner je km²
			insgesamt	Männer	Frauen	
		in 1 000 km²	in 1 000			
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 717	5 284	5 432	300
Bayern	München	70,6	12 692	6 250	6 442	180
Berlin	Berlin	0,9	3 470	1 696	1 774	3 891
Brandenburg	Potsdam	29,7	2 458	1 210	1 247	83
Bremen	Bremen	0,4	662	324	337	1 578
Hamburg	Hamburg	0,8	1 763	857	905	2 334
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 094	2 992	3 102	289
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 599	788	811	69
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 827	3 846	3 981	164
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	17 638	8 606	9 032	517
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,9	4 012	1 971	2 041	202
Saarland	Saarbrücken	2,6	989	483	506	385
Sachsen	Dresden	18,4	4 055	1 988	2 068	220
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,5	2 236	1 096	1 140	109
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 831	1 381	1 449	179
Thüringen	Erfurt	16,2	2 157	1 063	1 094	133
Deutschland	Berlin	357,4	81 198	39 835	41 362	227

Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

► Tab 2 Bevölkerungsentwicklung — in Tausend

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet¹	Neue Länder²	Berlin
1950	69 346	50 958	18 388	–
1960	73 147	55 958	17 188	–
1970	78 069	61 001	17 068	–
1980	78 397	61 658	16 740	–
1990	79 753	63 726	16 028	3 434
2000	82 260	67 140	15 120	3 382
2010	81 752	65 426	12 865	3 461
2011	80 328	64 429	12 573	3 326
2012	80 524	64 619	12 530	3 375
2013	80 767	64 848	12 498	3 422
2014	81 198	65 223	12 505	3 470

Ergebnisse jeweils am 31.12. Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.

1 Seit 2001 ohne Berlin-West.

2 Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

– nichts vorhanden.

Die bevölkerungsreichsten Länder waren Nordrhein-Westfalen (17,6 Millionen Personen), Bayern (12,7 Millionen Personen) und Baden-Württemberg (10,7 Millionen Personen). In diesen drei Bundesländern lebten rund 51 % der Bevölkerung Deutschlands. Die Hälfte der Bundesländer hatten dagegen weniger als 3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. ▶ [Tab 1](#)

Mit 81,2 Millionen hatte Deutschland Ende 2014 rund 11,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 51,0 Millionen auf 62,1 Millionen Personen. Gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR von 18,4 Millionen auf 17,0 Millionen Personen zurück. Die Bevölkerungszahl stabilisierte sich danach zwischen 61 Millionen und 62 Millionen Personen im Westen sowie zwischen 16 Millionen und 17 Millionen Personen im Osten.

Seit der deutschen Vereinigung Ende 1990 nahm die Bevölkerung Deutschlands bis Ende 2002 zuerst von 79,8 Millionen auf 82,5 Millionen Personen (+ 2,8 Millionen Personen) zu. Bis 2010 folgte dann ein

Rückgang der Bevölkerungszahlen. Im Jahr 2011 gab es einen kleinen Bruch in der Zeitreihe, bedingt durch den Zensus 2011, der zu einer Revision der Bevölkerungszahl um 1,5 Millionen Personen nach unten führte. Unter Berücksichtigung dieses Sondereffekts setzte ab dem Jahr 2011 wieder eine Bevölkerungszunahme ein.

Zwischen West und Ost war die Entwicklung seit der deutschen Vereinigung allerdings unterschiedlich: In den alten Bundesländern nahm die Bevölkerung – mit Ausnahme der Jahre 2006 bis 2009 – zu, während die neuen Bundesländer seit 1990 durchgehend einen Bevölkerungsrückgang verzeichneten. Berlin zeigte abwechselnde Phasen von Zuwachs und Rückgang. ▶ [Tab 2](#)

Regionale Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet und Berlin-West stieg die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1973 von 202 auf 250 an, ging danach bis 1984/1985 auf 245 leicht zurück und stieg nach der Wende bis auf 270 Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2000. Seit 2001 stagnierte die Bevölke-

rungsdichte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) zwischen 263 und 264 Einwohner je Quadratkilometer. Für 2014 wurde im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) eine Einwohnerdichte von 262 ermittelt, wobei der Rückgang auf die Revision der Einwohnerzahlen infolge des Zensus 2011 zurückzuführen ist. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 171 auf 148 Einwohner je Quadratkilometer. Seit 2001 sank die Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) stetig von 127 auf 116 Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2014.

Für Deutschland insgesamt lag die Einwohnerdichte Ende 2014 bei 227 Einwohnern je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt waren die Stadtstaaten (Berlin: 3 891 Personen je Quadratkilometer, Hamburg: 2 334, Bremen: 1 578). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (69 Personen), Brandenburg (83 Personen) und Sachsen-Anhalt (109 Personen) auf (siehe Tabelle 1).

Ende 2014 gab es in Deutschland 11 116 politisch selbstständige Gemeinden und damit 45 oder 0,4 % weniger als Ende 2013. Davon lagen 8 442 Gemeinden im früheren

▶ [Tab 3](#) Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten in ausgewählten Großstädten 2014

	Stadt	Einwohner in 1 000	Stadt	Einwohner je km ²
1	Berlin	3 470	München	4 601
2	Hamburg	1 763	Berlin	3 891
3	München	1 430	Herne	3 007
4	Köln	1 047	Stuttgart	2 954
5	Frankfurt am Main	718	Frankfurt am Main	2 890
6	Stuttgart	612	Düsseldorf	2 781
7	Düsseldorf	605	Essen	2 728
8	Dortmund	581	Oberhausen	2 715
9	Essen	574	Offenbach am Main	2 695
10	Bremen	552	Nürnberg	2 688
11	Leipzig	544	Köln	2 584
12	Dresden	536	Hannover	2 565
13	Hannover	524	Bochum	2 484
14	Nürnberg	501	Gelsenkirchen	2 455
15	Duisburg	485	Hamburg	2 334

Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Bundesgebiet und 2 673 Gemeinden in den neuen Bundesländern. Aufgrund von Gebietsreformen hat sich vor allem in den neuen Bundesländern die Gemeindeanzahl stark verringert: Sie sank von 2 708 Ende 2013 um 35 Gemeinden (– 1,3 %).

Großstadtgetriebe oder Landleben? Aus der Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2014, dass 6 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, 36 % in Gemeinden mit 2 000 bis unter 20 000 Einwohnern und 27 % in Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 31 % der Bevölkerung. Die Städte mit den höchsten Einwohnerzahlen waren in abnehmender Reihenfolge

Berlin, Hamburg und München, bei Betrachtung der Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte lagen an vorderster Stelle München, Berlin und Herne. ▶ Tab 3

1.1.2 Altersaufbau, Geburten und Sterbefälle

Altersaufbau

Die Zahl der Geburten beeinflusst unmittelbar den Altersaufbau der Bevölkerung. Außerdem besteht eine Wechselwirkung zwischen der Stärke eines Altersjahrgangs und den Geburten sowie Sterbezahlen: Zum einen beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen, gleichzeitig wirken sich aber wiederum die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit oder Sterblichkeit auch auf

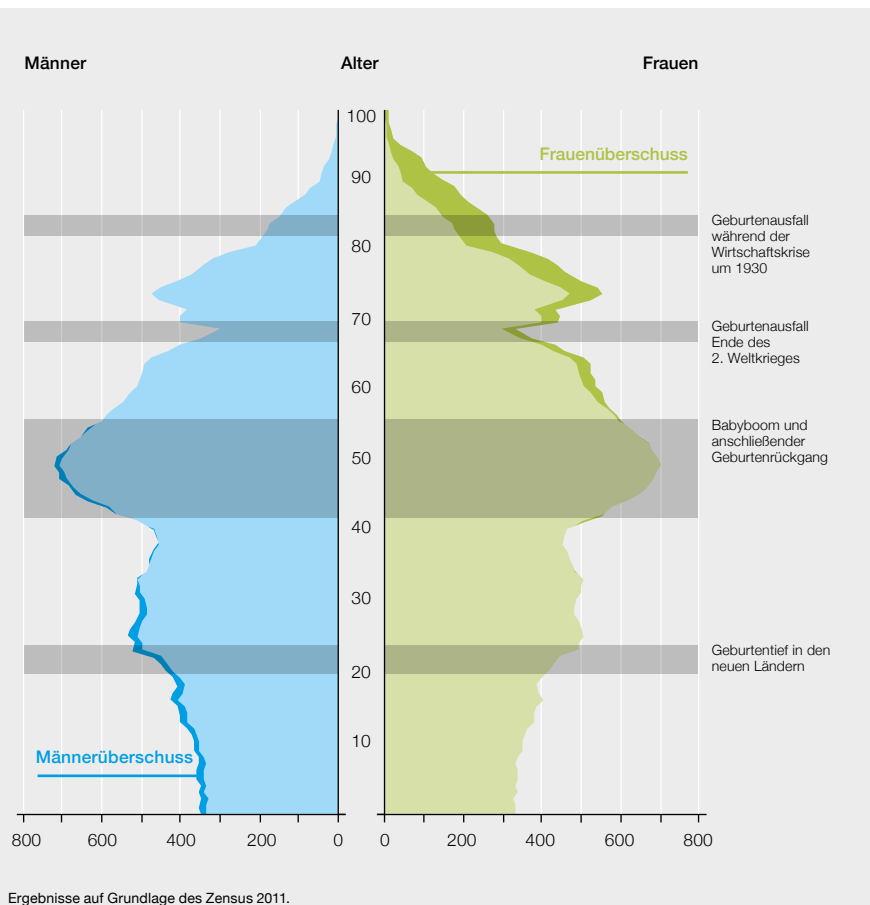
die Stärke der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung. Einen zusätzlichen Faktor stellt die Zu- und Abwanderung dar, da die meisten Zu- und Abwanderer junge Erwachsene sind. In Deutschland führen diese verschiedenen Faktoren dazu, dass die Gruppe der Kinder und Jugendlichen kleiner wird und die Gruppe der Personen im Rentenalter wächst, während sich der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter – derzeit – wenig verändert.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet die Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie sie einmal bildhaft beschrieben wurde. ▶ Abb 1

Eine neue, interaktive Bevölkerungspyramide (www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/) bietet die Möglichkeit, die Veränderung der Altersstruktur im Zeitraum zwischen 1950 und 2060 zu verfolgen und dabei einen bestimmten Geburtsjahrgang zu beobachten. Die Anwendung basiert auf den Ergebnissen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung für Deutschland.

Die Veränderungen des Bevölkerungsaufbaus zeigt Tabelle 4: Im Jahr 2014 betrug in Deutschland der Anteil der Heranwachsenden (unter 20-Jährige) 18 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfielen 61 % und der Seniorenanteil (65-Jährige und Ältere) lag bei 21 %. Rund 6 % der Bevölkerung waren hochbetagt, das heißt 80 Jahre oder älter. Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) lag bei 30 und somit unter dem Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen

▶ Abb 1 Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 2014 – in Tausend je Altersjahr



und Älteren je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) mit 35. Im Jahr 1950 lag der Jugendquotient noch bei 51 und der Altenquotient bei 16, seit 2006 jedoch übersteigt der Altenquotient den Jugendquotienten. ► [Tab 4](#), [Info 2](#)

In Deutschland werden etwa 5 % mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Jahr 2014 kamen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 105 Jungen. Weil Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie Frauen, verändern sich die Anteile von Frauen und Männern mit den Altersgruppen. Während also bei den unter 50-Jährigen in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil überwiegt, sind in der Altersgruppe 50- bis 59-Jährigen ungefähr so viele Männer wie Frauen enthalten. In den höheren Altersgruppen überwiegen dann zunehmend Frauen: Von den 60- bis 69-jährigen Personen sind 52 % weiblich. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis 79-Jährigen 55 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar 65 %. Gründe für den geringeren Männeranteil in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung von Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. So steigt mittlerweile mit den nachlassenden demografischen Auswirkungen des Krieges auch der Anteil der Männer an den Hochbetagten (27 % im Jahr 2000; 35 % im Jahr 2014).

Geburten, Sterbefälle

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der Bundesrepublik Deutschland durch hohe Geburtenzahlen geprägt. Ab 1947 wurden deutlich mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Der darauf folgende sogenannte Baby-Boom wandelte sich Ende der 1960er-Jahre zu einem rapiden Rückgang der Geburten. Die Zahl der lebend geborenen Kinder ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Millionen) bis auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Danach gab es von 1976 bis 1990 einen Anstieg der jährlichen Geburtenzahlen von 798 000 auf 906 000. Seit 1997 (812 000 Geburten) war wieder ein

Geburtenhoch im Sommer

Die monatlichen Geburtenzahlen zeigen, dass sich die Geburten nicht gleichmäßig über das Jahr verteilen. Der geburtenstärkste Monat ist nach der absoluten Zahl der Lebendgeborenen der Juli. Im Jahr 2014 kamen 9,0 % aller Neugeborenen im Juli zur Welt (66 960). Berücksichtigt man je-

doch zusätzlich unterschiedliche Monatslängen, dann war die Zahl der Geburten je Tag im September 2014 am höchsten. Diese Verteilung hat sich allerdings erst seit Anfang der 1980er-Jahre herausgebildet.

► **Tab 4** Entwicklung der Altersstruktur

	Bevölkerung	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				Jugend- quotient ¹	Alten- quotient ²
		unter 20	20–64	65–79	80 und älter		
	in 1 000	in %					
1950	69 346	30,4	59,9	8,7	1,0	50,8	16,3
1960	73 147	28,4	60,0	10,0	1,6	47,3	19,3
1970	78 069	30,0	56,2	11,8	2,0	53,4	24,6
1980	78 397	26,8	57,7	12,8	2,7	46,3	26,9
1990	79 753	21,7	63,4	11,2	3,8	34,2	23,6
2000	82 260	21,1	62,2	12,9	3,8	34,0	26,8
2010	81 752	18,4	60,9	15,3	5,3	30,3	33,8
2011	80 328	18,4	60,9	15,4	5,3	30,3	33,9
2012	80 524	18,3	61,0	15,4	5,4	30,0	34,1
2013	80 767	18,2	61,0	15,5	5,4	29,8	34,2
2014	81 198	18,2	60,8	15,4	5,6	29,9	34,6

Ergebnisse jeweils am 31. Dezember. Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.

1 Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.

2 Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.

► Info 2

Jugendquotient, Altenquotient und Gesamtquotient

Neben der absoluten Zahl der Bevölkerung in einem bestimmten Alter ist die Beziehung zwischen den verschiedenen Altersgruppen ein Charakteristikum des Alterungsprozesses. Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung, für deren Aufwachsen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Wird die Zahl der Personen im Rentenalter, also der potenziellen Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme auf die Zahl der Personen im Erwerbsalter bezogen, ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen addieren sich zum Gesamtquotienten, der aufzeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Für die Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters wird hier die Altersspanne von 20 bis 64 Jahren gewählt, da in dieser Lebensphase die meisten Menschen erwerbstätig sind.

kontinuierlicher Geburtenrückgang zu beobachten. Im Jahr 2005 wurden erstmals unter 700 000 Kinder geboren und im Jahr 2011 wurde mit 663 000 Neugeborenen die niedrigste Geburtenzahl seit 1946 registriert. Im Jahr 2014 lag die Zahl der Geburten (715 000) wieder geringfügig höher. ▶ [Abb 2, Tab 5](#)

Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren wurden als Menschen starben. Im Jahr 2014 lag die Zahl der Gestorbenen um 153 000 höher als die Zahl der lebend geborenen Babys.

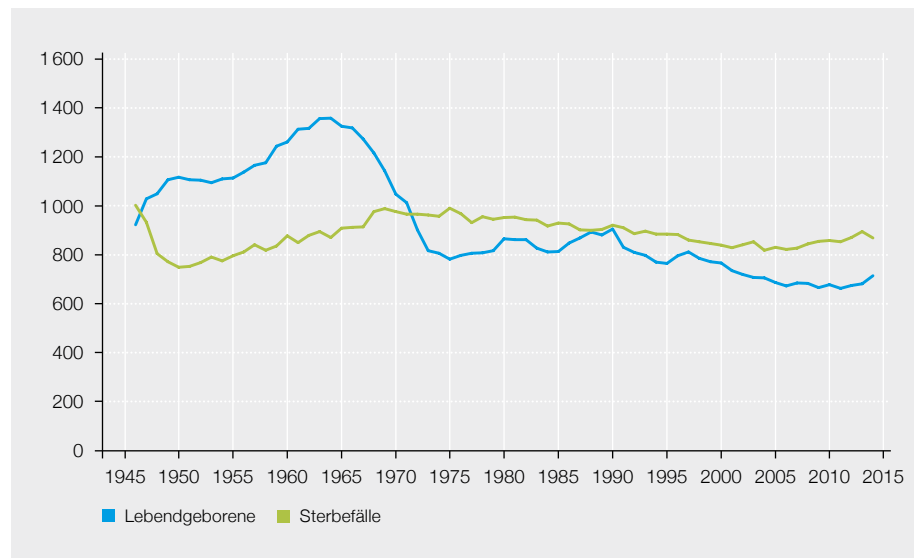
Das durchschnittliche Alter der Mutter beim ersten Kind betrug im Jahr 2014 rund 30 Jahre. Etwa 55 % aller Frauen, die ihr erstes Kind 2014 bekommen haben, gehörten den Jahrgängen 1981 bis 1988 an und waren damit zwischen 26 und 33 Jahre alt. Lediglich 3 % der ersten Geburten entfielen auf Frauen im Alter ab 40 Jahren.

Mit der für das Jahr 2014 in Deutschland rechnerisch ermittelten durchschnittlichen Kinderzahl von 1,47 Kindern je Frau wird die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten. Gleichzeitig nimmt in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung weiter zu. Sie beträgt 2010/2012 für einen neugeborenen Jungen 78 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 83 Jahre. Gegenüber dem Stand von Mitte der 1980er-Jahre entspricht dies einer Zunahme bei den Jungen um rund sechs Jahre und bei den Mädchen um annähernd fünf Jahre. Ein 60-jähriger Mann hat 2010/2012 rechnerisch noch eine Lebenszeit von durchschnittlich 21 Jahren vor sich. Eine gleichaltrige Frau hat rechnerisch noch eine Lebenszeit von 25 Jahren zu erwarten (siehe auch Abschnitt 1.1.4).

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) kommt bei der Beobachtung und Analyse der Einwohnerzahl den sogenannten Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird zwischen den

▶ **Abb 2 Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 1946 bis 2014 — in Tausend**



Mehrlingsgeburten

Im Zeitraum seit 1950 hatte der Anteil der Mehrlingsgeburten sein Tief Ende der 1970er-Jahre erreicht und stieg seitdem deutlich an. Von den Frauen, die 1950 Mutter wurden, hatten 1,2 % Mehrlingsgeburten, Mitte der 1970er-Jahre waren es 0,9 % gewesen und 2014 stieg der Anteil auf 1,9 %.

Im Jahr 2014 gab es insgesamt 13 000 Mehrlingsgeburten. Die meisten davon waren Zwillingssgeburten (98 %). In 282 Fällen wurden Drillingsgeburten und in 11 Fällen Vierlinge.

Wohnsitzwechseln von Personen in eine andere Gemeinde innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) unterschieden. Die Außenwanderung und die Binnenwanderung bilden zusammen die Gesamtwanderung. ▶ [Info 3](#)

Gesamtwanderung

Die Gesamtwanderung kann für Deutschland, für die Bundesländer, für die Landkreise und für die Gemeinden ermittelt werden. Im früheren Bundesgebiet stieg das Wanderungsvolumen von 1960 bis 1971 von 4,1 Millionen auf 5,3 Millionen

Wanderungsfälle an. Zu dieser Entwicklung trugen die Außenwanderung sowie die Binnenwanderung bei, wobei die Außenwanderung schneller anstieg als die Binnenwanderung. Ab 1971 ging das Wanderungsvolumen wieder zurück und pendelte sich von 1975 bis 1988 auf jährlich 3,5 bis 4,2 Millionen Wanderungsfälle ein. Die Wende in der ehemaligen DDR löste erneut eine Wanderungswelle aus: Mit rund 5,7 Millionen Wanderungsfällen jährlich blieb die Gesamtwanderung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er-Jahre auf hohem Niveau. Nach 1995 ging das Wanderungsvolumen zurück und

► Tab 5 Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland

	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen (+) beziehungsweise der Gestorbenen (-)	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohner
Deutschland						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+368	+5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+385	+5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+72	+0,9
1980	866	11,0	952	12,1	-87	-1,1
1990	906	11,4	921	11,6	-16	-0,2
2000	767	9,3	839	10,2	-72	-0,9
2010	678	8,3	859	10,5	-181	-2,2
2012	674	8,4	870	10,8	-196	-2,4
2013	682	8,5	894	11,1	-212	-2,6
2014	715	8,8	868	10,7	-153	-1,9
Früheres Bundesgebiet¹						
1950	813	16,3	529	10,6	+284	+5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+326	+5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+76	+1,3
1980	621	10,1	714	11,6	-93	-1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+14	+0,2
2000	656	9,8	679	10,1	-23	-0,3
2010	542	8,3	672	10,3	-129	-2,0
2012	539	8,3	681	10,6	-143	-2,2
2013	547	8,5	700	10,8	-153	-2,4
2014	575	8,8	679	10,4	-105	-1,6
Neue Länder²						
1950	304	16,5	220	11,9	+84	+4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+59	+3,4
1970	237	13,9	241	14,1	-4	-0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+7	+0,4
1990	178	11,1	208	12,9	-30	-1,8
2000	111	7,3	160	10,5	-49	-3,2
2010	102	7,9	155	12,0	-53	-4,1
2012	100	8,0	156	12,4	-56	-4,5
2013	100	8,0	161	12,9	-61	-4,9
2014	103	8,2	157	12,5	-54	-4,3

Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.

¹ Bis 2000 einschließlich Berlin-West, seit 2001 ohne Berlin-West.² Bis 2000 einschließlich Berlin-Ost, seit 2001 ohne Berlin-Ost.

► Info 3

Wanderungsstatistik

In der Wanderungsstatistik werden die Zu- und Fortzüge erfasst, die von den Meldebehörden an die statistischen Ämter gemeldet werden. Der Wanderungssaldo wird als Differenz der Zu- und Fortzüge gebildet. Das Wanderungsvolumen bezeichnet die Summe aus der Binnenwanderung zuzüglich der Zuzüge aus und der Fortzüge ins Ausland.

Die auf ein Jahr bezogene Wanderungsstatistik weist die jeweiligen Wanderungsfälle, das heißt die Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen, nicht die wandernden Personen nach. Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets erfasst, ab diesem Zeitpunkt handelt es sich um Binnenwanderungsfälle, die als Ost-West-Wanderung bezeichnet werden.

Durch die Binnenwanderung ändert sich die regionale Verteilung der Bevölkerung, aber im Gegensatz zur Außenwanderung nicht die Einwohnerzahl Deutschlands.

lag von 2005 bis 2010 bei rund 5 Millionen Personen. Ab 2011 stieg es wieder an und lag 2014 bei 6,3 Millionen Personen.

Binnenwanderung

Im Jahr 2014 wechselten 4,0 Millionen Personen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die sogenannte Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohnerinnen und Einwohner eines Gebiets ihre Wohnsitzgemeinde wechseln. Im Jahr 2014 betrug die Mobilitätsziffer rund 49, das heißt etwa jeder zwanzigste Einwohner zog im Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere um.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung in Deutschland entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. In den 1970er-Jahren verringerten sich die Wanderun-

gen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,7 Millionen auf 3,0 Millionen Personen. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 48. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein: Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und wirkten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht aus. Bis Ende der 1980er-Jahre sank die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiter auf 2,5 Millionen Umzüge (41 Umzüge je 1 000 Einwohner). Mit der Öffnung der Grenzen im Osten und der deutschen Vereinigung stieg die Binnenwanderung bis 1997 wieder an auf über 4,0 Millionen Umzüge pro Jahr (49 Umzüge je 1 000 Einwohner). Seit 2000 liegt die Zahl der Umzüge zwischen 3,6 und 4,0 Millionen pro Jahr mit einer Mobi-

lität zwischen 44 und 49 Umzügen je 1 000 Einwohner.

Im Jahr 2014 fanden etwa 28 % der Umzüge (rund 1,1 Millionen Umzüge) zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises, 44 % (rund 1,7 Millionen Umzüge) zwischen Kreisen eines Bundeslandes und 28 % (rund 1,1 Millionen Umzüge) zwischen Bundesländern statt. ▶ Tab 6

Den Wanderungsströmen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern kommt bei der Binnenwanderung eine besondere Bedeutung zu. Zwischen 1989 und 1991 war eine hohe Abwanderung von Ost nach West festzustellen. In den Folgejahren bis 1996 war die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gegenläufig: Die Zuzüge aus den neuen Ländern verringerten sich, die Wanderungen nach Osten stiegen, sodass der Wanderungssaldo

▶ Tab 6 Wanderungen innerhalb Deutschlands in eine andere Gemeinde

	Insgesamt		Innerhalb der Bundesländer			Über die Landesgrenzen
			zusammen	zwischen Gemeinden innerhalb des Kreises	über die Kreisgrenzen innerhalb des Landes	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	in 1 000			
Früheres Bundesgebiet						
1970	3 662	59,8	2 544	720	1 824	1 118
1980	3 024	49,2	2 204	720	1 484	820
1985	2 572	42,1	1 932	722	1 210	640
1990	2 970	47,4	2 129	785	1 344	841
Deutschland						
1991	3 402	42,8	2 275	908	1 367	1 127
1995	3 951	48,5	2 882	1 229	1 653	1 069
2000	3 892	47,3	2 755	1 192	1 563	1 137
2005	3 655	44,3	2 585	1 107	1 478	1 071
2010	3 576	43,7	2 514	1 038	1 477	1 062
2011	3 739	45,7	2 626	1 078	1 548	1 113
2012	3 737	46,5	2 640	1 082	1 559	1 097
2013	3 846	47,8	2 741	1 106	1 635	1 106
2014	3 953	48,9 ²	2 842	1 120	1 722	1 111

1 Jeweils am 31.12. des Vorjahres.
 2 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

1997 nur noch 28 200 Personen betrug. Ab 1998 kam eine neue Wanderungswelle von Ost nach West (Wanderungssaldo 2001: 98 000 Personen), die nach 2001 langsam zurückging. Im Jahr 2014 betrug der Wanderungssaldo nur noch 3 300 Personen. ▶ [Abb 3](#)

Außenwanderung

Die Außenwanderung war kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch die Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland geprägt. Zwischen 1950 und 1961 folgte eine Zuwanderung aus der ehemaligen DDR: So wurden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 rund 2,6 Millionen Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler im früheren Bundesgebiet aufgenommen. Ferner kamen zwi-

schen 1950 und 2006 rund 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler in das frühere Bundesgebiet beziehungsweise seit 1990 nach Deutschland. Davon waren rund 2,3 Millionen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie deren Nachfolgestaaten, 1,4 Millionen kamen aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Zahl von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aufgenommen. In den folgenden Jahren bis 1995 waren es jährlich zwischen 220 000 und 230 000 Personen. Danach gingen die Zahlen stetig zurück. Seit 2006 werden weniger als 10 000 Aussiedlerinnen und Aussiedler jährlich aufgenommen. Bei diesem Rückgang dürften zum einen geänderte Einreisebedingungen für Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen ab 2005 eine Rolle spielen. Zum anderen gibt es in den

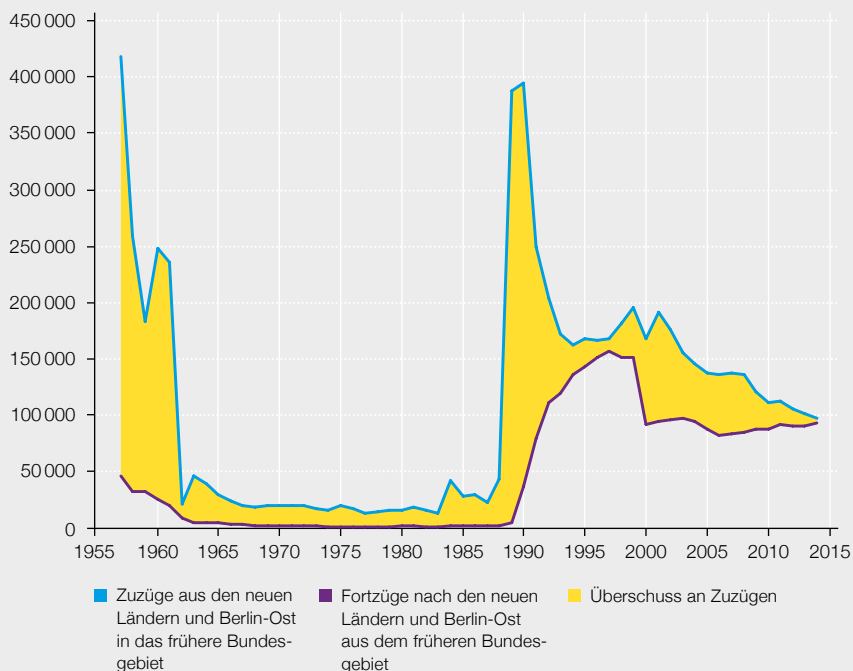
Herkunftsländern weniger Personen mit Aussiedlerhistorie. ▶ [Tab 7](#)

Durch die Zuwanderung aus dem Osten (aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der ehemaligen DDR sowie durch Aussiedlerinnen und Aussiedler) gab es für die Bundesrepublik Deutschland seit Gründung bis Anfang des zweiten Jahrtausends einen Zuwanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungsverluste beobachtet; es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland zuziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist der oben beschriebene Rückgang der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die nach Deutschland kamen. Zeitgleich stiegen die Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. So gab es in den 1990er-Jahren rund 110 000 Fortzüge von Deutschen pro Jahr, im Jahr 2008 lagen sie bei 175 000 Personen. Allerdings hat sich die Abwanderung seit Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wieder reduziert und betrug 2014 rund 149 000 Personen. ▶ [Tab 8](#)

Aus den Abwanderungszahlen lassen sich keine Aussagen zum Hintergrund der Fortzüge ableiten, da die Gründe für die Fortzüge bei den Meldeämtern nicht erfasst werden. So ist keine Differenzierung möglich, ob der Fortzug eine Auswanderung auf Dauer oder nur eine befristete Ausreise ist. Es wird auch nicht erfasst, ob es sich bei den Abwandernden um Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Eingebürgerte oder Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt. Hauptzielländer von auswandernden Deutschen waren im Jahr 2014 die Schweiz, die Vereinigten Staaten und Österreich.

Seit Anfang der 1960er-Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen durch die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Wanderungsströme ausländischer Staatsangehöriger zwischen dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland verzeichneten ein relativ hohes Wanderungsvolumen mit jährlich hohen Zu- und Fortzugszahlen. Dabei war der Wanderungssaldo zeitweilig positiv

▶ **Abb 3** Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost 1957 bis 2014



Ab 1991 ohne Berlin.

▶ Tab 7 Zuzüge von Aussiedlerinnen und Aussiedlern

	Insgesamt	Darunter aus		
		der ehemaligen Sowjetunion ¹	Polen	Rumänien
1950–1959	438 225	13 604	292 157	3 454
1960–1969	221 516	8 571	110 618	16 294
1970–1979	355 381	56 583	202 718	71 417
1980–1989	984 087	176 565	632 803	151 161
1990–1994	1 291 112	911 473	199 623	171 914
1995–1999	738 064	718 634	4 455	14 440
2000–2004	417 493	413 596	2 382	1 396
2005	35 522	35 396	80	39
2006	7 747	7 626	80	40
2007–2011	18 012	17 677	226	96
2012	1 817	1 782	12	22
2013	2 427	2 386	11	30
2014	5 649	5 613	23	13

Seit 1993 einschließlich nicht deutscher Angehöriger von Aussiedlern.
 1 Beziehungswise Nachfolgestaaten.
 Quelle: Bundesverwaltungsamt

▶ Tab 8 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
1950–1953	374 177	.	.	462 279	.	.
1954–1959	1 038 759	477 414	561 345	955 190	638 657	316 533
1960–1969	6 257 185	724 624	5 532 561	4 239 458	789 119	3 450 339
1970–1979	7 002 667	783 306	6 219 361	5 439 852	543 843	4 896 009
1980–1989	6 145 117	1 323 089	4 822 028	4 685 932	635 814	4 050 118
1990–1999	10 890 238	2 755 154	8 135 084	7 023 809	1 147 745	5 876 064
2000–2009	7 565 201	1 475 762	6 089 439	6 603 751	1 407 325	5 196 426
2010	798 282	114 752	683 530	670 605	141 000	529 605
2011	958 299	116 604	841 695	678 969	140 132	538 837
2012	1 080 936	115 028	965 908	711 991	133 232	578 759
2013	1 226 493	118 425	1 108 068	797 886	140 282	657 604
2014	1 464 724	122 195	1 342 529	914 241	148 636	765 605

Bis einschließlich 1990 Angaben für das frühere Bundesgebiet.
 . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

und zeitweilig negativ und spiegelte den Konjunkturverlauf in Deutschland wider.

Seit Mitte der 1970er-Jahre wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer von anderen Faktoren beeinflusst, zum Beispiel dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunftsländern. Dies zeigte sich zum Beispiel in der Zunahme der Zuzüge aus den Ländern, die von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (2008/2009) besonders betroffen sind, in den Folgejahren. So stiegen die Zuzüge aus Griechenland von

8 300 Personen im Jahr 2008 auf 30 600 Personen im Jahr 2014 (+ 270 %) und aus Spanien von 9 500 Personen im Jahr 2008 auf 34 400 Personen im Jahr 2014 (+ 260 %).

Zudem wirkten sich die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Neuregelungen wie die Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16a) im Jahr 1993. Die letzteren Regelungen bewirkten zum Beispiel, dass Einrei-

sen zum Zweck der Asylsuche nach 1993 erheblich zurückgingen. Zunehmend wurde die Zuwanderung auch durch Beschlüsse auf Ebene der Europäischen Union (EU) beeinflusst, unter anderem durch EU-Erweiterungen, Freizügigkeitsregelungen, Abkommen mit EFTA-Ländern, also Ländern der Europäischen Freihandelszone oder veränderten Visa-Regelungen. Dies zeigt sich beispielsweise in der schnellen Zunahme der Zuzüge aus vielen Ländern, die 2004, 2007 beziehungsweise 2013 der EU beigetreten sind (siehe Kapitel 15.1, Seite 434, Abb 1).

Auch haben 2011 – nach Ablauf der letzten Einschränkungen zum Arbeitsmarktzugang für die 2004 beigetretenen Länder – die Zuzüge von dort stark zugenommen. Das gleiche gilt ab 2013 für Rumänien und Bulgarien.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,2 Millionen Personen einen ersten Höhepunkt erreicht. Gründe waren die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa und die Flucht vieler Menschen vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Danach war die Tendenz mit einigen Schwankungen bis 2006 eher rückläufig. So kamen 2006 rund 558 000 Menschen nach Deutschland. In den Folgejahren stieg die Zuwanderung erheblich, im Jahr 2013 wurden rund 1,1 Millionen Zuzüge ausländischer Personen verzeichnet. Mit 1,3 Millionen Zuzügen wurde im Jahr 2014 ein neuer Höhepunkt erreicht. Dazu tragen außer den zunehmenden Wanderungsströmen aus den seit 2004 beigetretenen EU-Staaten die steigenden Flüchtlingsströme aus den Balkanstaaten sowie den von Krieg gezeichneten Ländern – insbesondere Syrien – bei.

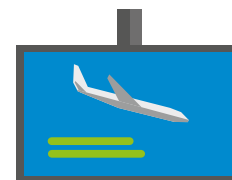
Die Hauptherkunftsländer waren 2014 Polen und Rumänien (jeweils 191 000 Zuzüge), gefolgt von Bulgarien (77 000 Personen) und Italien (70 000 Personen). Rund 62 % der Personen (830 000) kamen aus der EU, 25 % (329 000 Personen) aus dem außereuropäischen Ausland und 13 % aus einem sonstigen Land aus Europa (178 000 Personen). Außerhalb der EU waren 2014 die Hauptherkunftsländer Syrien (65 000 Zuzüge) und Serbien (40 000 Zuzüge).

Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Personen einen ersten Höhepunkt. Danach war die Tendenz bis 2007 rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997, 1998 und 2004 infolge der Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge.

Die Fortzugszahlen zwischen 2008 und 2010 sind durch bundesweite Bereinigungen der Melderegister überhöht und mit den Vor- und Folgejahren nicht vergleichbar. Die Bereinigungen führten

148 636

Deutsche zogen im Jahr 2014 ins Ausland. Aus dem Ausland zurück kamen 122 195 Deutsche.



zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen, die sich in den Fortzugszahlen niedergeschlagen haben.

Seit 2011 steigt die Zahl der Fortzüge wieder an und lag 2014 bei 914 000 Fällen. Da viele Zugewanderte nicht dauerhaft in Deutschland bleiben und nach einer kürzeren oder längeren Zeit in ihr Herkunftsland zurückkehren beziehungsweise in ein anderes Land weiterziehen, geht eine hohe Zuwanderung zeitversetzt mit einer hohen Abwanderung einher.

Der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen den Zuzügen und Fortzügen, war seit Beginn der Statistik in den 1950er-Jahren überwiegend positiv. Lediglich in konjunkturell schlechten Zeiten der 1960er- und 1970er-Jahre, in der Zeit des Rückkehrhilfegesetzes in den 1980er-Jahren und nach Kriegsende in Bosnien 1997/1998 fiel der Saldo negativ aus. Die höchsten Wanderungsüberschüsse (mehr als 600 000 Personen Zugewinn pro Jahr) wurden zur Zeit der Wende in der ehemaligen DDR zwischen 1989 und 1992 verzeichnet – als Folge der hohen Zuwanderung in diesen Jahren. Seit 2011 werden wieder hohe Wanderungsüberschüsse verzeichnet (2011: + 279 000; 2012: + 369 000; 2013: + 429 000; 2014: + 550 000 Personen).

1.1.4 Demografischer Wandel

Deutschland befindet sich bereits mitten im demografischen Wandel. Seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 hat die Zahl der Geborenen fast stetig abgenommen. Die stark besetzten Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre sind in das höhere erwerbsfähige Alter gekommen. Die Zahl der ab 70-Jährigen ist von 8,1 Millionen im Jahr 1990 auf 12,9 Millionen Personen im Jahr 2013 gestiegen. Das Medianalter, welches die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt, ist infolgedessen um 8 Jahre von 37 auf 45 Jahre gestiegen. Gleichzeitig ist der Altersaufbau der Frauen und Männer ähnlicher geworden. Insbesondere zeigt die Zahl der Hochbetagten, das heißt der Menschen, die 80 Jahre oder älter sind, dass mittlerweile nicht nur Frauen, sondern auch Männer ein höheres Lebensalter erreichen. Der aktuelle Altersaufbau wird für die künftige Bevölkerungsentwicklung eine dominierende Rolle spielen und große Herausforderungen für Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme mit sich bringen.

Seit etwa vier Jahrzehnten reicht die Zahl der Neugeborenen nicht aus, um die Elterngeneration zu ersetzen. Es sterben

mehr Menschen als Kinder geboren werden. Ohne Wanderungsgewinne aus dem Ausland würde Deutschlands Bevölkerung bereits seit langem rapide schrumpfen und noch schneller altern. Langfristig wird die immer weiter aufgehende Schere zwischen der Zahl der Geborenen und der Zahl der Gestorbenen nicht durch Zuwanderung zu schließen sein; dazu wären langfristig weit höhere Wanderungsüberschüsse nötig als in der Vergangenheit.

Die jährliche Geburtenhäufigkeit nahm in den alten Bundesländern ab Mitte der 1960er-Jahre stark ab und stabilisierte sich seit Ende der 1970er-Jahre auf niedrigem Niveau. Die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer beträgt hier seit fast 40 Jahren rechnerisch 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau. In der ehemaligen DDR war es in den 1970er-Jahren auch zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl gekommen, dem aber bald ein Anstieg folgte. Bis Mitte der 1980er-Jahre nahm die Geburtenhäufigkeit wieder ab. Anfang der 1990er-Jahre kam es nach der deutschen Vereinigung zu einem vorübergehenden starken Einbruch der Geburtenzahlen in

den neuen Ländern. Inzwischen ist die Geburtenhäufigkeit im Osten Deutschlands angestiegen und ist seit 2008 höher als im früheren Bundesgebiet. Im Jahr 2013 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer in den neuen Ländern 1,5 Kinder je Frau, während sie im früheren Bundesgebiet bei 1,4 Kindern je Frau lag (jeweils ohne Berlin). ▶ [Abb 4](#)

Die Lebenserwartung ist in den letzten hundert Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit lange eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Zeitraum 1871/1881 für neugeborene Jungen 35,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 38,5 Jahre. Aber schon Zehnjährige hatten eine weitere Lebenserwartung von 46,5 Jahren (Jungen) beziehungsweise 48,2 Jahren (Mädchen). Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung – nach der Allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 – für Jungen 77,7 Jahre beziehungsweise 82,8 Jahre für Mädchen. Somit hat sich die Lebenserwartung neugeborener Jungen und Mädchen in Deutschland innerhalb von etwa 130 Jah-

ren mehr als verdoppelt. Aber auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung deutlich angestiegen, verstärkt in den letzten Jahrzehnten. Heute haben 60-jährige Männer im Durchschnitt noch weitere 21,3 Jahre und gleichaltrige Frauen 25,0 Jahre zu erwarten. Das sind 9,2 Jahre mehr bei den Männern und 12,3 Jahre mehr bei den Frauen als 1871/1881. ▶ [Tab 9](#)

In den kommenden Jahrzehnten werden der Rückgang der Bevölkerungszahl und die Alterung kennzeichnend für den demografischen Wandel sein. Dies lässt sich anhand von Bevölkerungsvorausrechnungen darstellen. ▶ [Info 4](#)

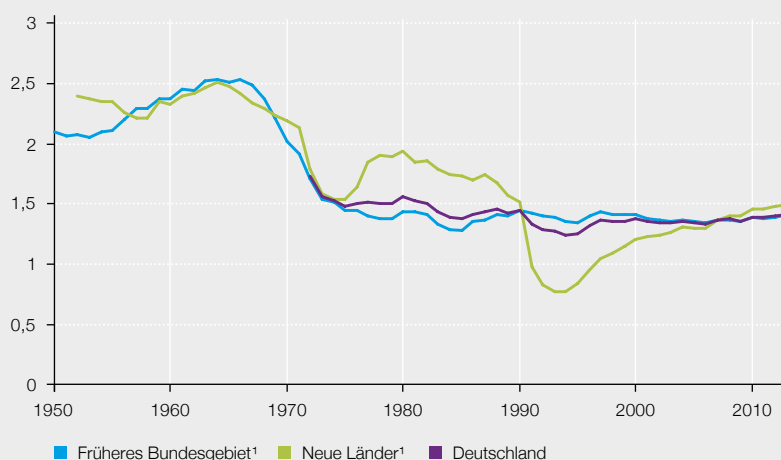
Im Folgenden werden Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung anhand von zwei ausgewählten Varianten dargestellt. Diese Varianten beschreiben die Entwicklung unter den folgenden Annahmen:

- einer Geburtenziffer von weiterhin 1,4 Kindern je Frau bei einem steigenden durchschnittlichen Alter der Frau bei der Geburt des Kindes,
- eines Anstiegs der Lebenserwartung um sieben Jahre bei Männern beziehungsweise sechs Jahre bei Frauen und
- unter zwei unterschiedlichen Wanderungsannahmen.

Die erste Wanderungsannahme geht von einem Abflachen der anfangs sehr hohen jährlichen Nettozuwanderung von 500 000 Personen auf 100 000 Personen innerhalb von sechs Jahren bis zum Jahr 2021 aus. Anschließend bleibt der Wanderungssaldo bei 100 000 Personen pro Jahr. Im zweiten Szenario wird angenommen, dass der jährliche Wanderungssaldo von 500 000 Personen bis zum Jahr 2021 auf 200 000 Personen sinken und sich dann auf diesem Niveau verfestigen wird. Im gesamten Vorausberechnungszeitraum von 2014 bis 2060 würden damit durchschnittlich jeweils 130 000 beziehungsweise 230 000 Personen pro Jahr nach Deutschland zuwandern. Kumuliert ergibt sich daraus ein Nettozuzug von 6,3 Millionen beziehungsweise 10,8 Millionen Personen.

Diese Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau

▶ **Abb 4** Zusammengefasste Geburtenziffer 1950 bis 2013 — Kinder je Frau



Seit dem Berichtsjahr 2011 auf Grundlage des Zensus 2011.

Geburtenziffer: Durchschnittliche Zahl der lebendgeborenen Kinder je Frau in einem Kalenderjahr.

¹ Seit 2001 ohne Berlin.

entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Sie werden als »Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung« (Variante 1) und »Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung« (Variante 2) bezeichnet.

Ein Bevölkerungsrückgang ist in Deutschland auf lange Sicht kaum vermeidbar. Zwar stieg die Bevölkerungszahl in den Jahren 2011 bis 2013 aufgrund einer besonders starken Nettozuwanderung erneut an, die grundsätzlichen Ursachen des Bevölkerungsrückgangs – wenig Neugeborene und viele Sterbefälle – bestehen jedoch weiter fort und werden sich auf lange Sicht noch stärker als in der Vergangenheit auswirken.

Die Zahl der Geborenen wird voraussichtlich bis zum Jahr 2020 relativ stabil bei etwa 700 000 Kindern bleiben. Dafür sorgt eine derzeit günstige Altersstruktur der potenziellen Mütter: Die relativ gut besetzten 1980er-Jahrgänge (Kinder der sogenannten Baby-Boom-Generation) sind noch einige Jahre im Alter von Mitte 20 bis Mitte 30, in dem die Geburtenhäufigkeit besonders hoch ist. Anschließend wird aber die Zahl der Geborenen zurückgehen und im Jahr 2060 zwischen 500 000 und 550 000 Kinder betragen.

Die Zahl der Sterbefälle wird dagegen steigen, da die geburtenstarken Jahrgänge, die heute im mittleren Alter sind, im Vorausberechnungszeitraum in das hohe Alter aufrücken, in dem die Sterblichkeit natürlicherweise größer ist. Diesem Effekt der aktuellen Altersstruktur steht die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung gegenüber. Sie verlangsamt den Anstieg der Sterbefälle. Die Zahl der Gestorbenen wird demnach von 894 000 im Jahr 2013 auf fast 1,1 Millionen Personen Anfang der 2050er-Jahre steigen und anschließend bis zum Jahr 2060 auf etwa 1,0 Millionen Personen sinken.

Das Geburtendefizit wird sich infolge dieser Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle erheblich vergrößern. Im Jahr 2013 betrug es 212 000 Personen. Im Jahr 2020 wird es auf 240 000 Personen steigen und sich bis 2060 auf etwa 500 000 Perso-

► **Tab 9 Durchschnittliche Lebenserwartung – in Jahren**

	Jungen/Männer		Mädchen/Frauen	
	1871/1881	2010/2012	1871/1881	2010/2012
Vollendetes Alter in Jahren				
0	35,6	77,7	38,5	82,8
1	46,5	77,0	48,1	82,1
5	49,4	73,1	51,0	78,1
10	46,5	68,1	48,2	73,1
20	38,4	58,2	40,2	63,2
30	31,4	48,5	33,1	53,4
40	24,5	38,9	26,3	43,6
50	18,0	29,7	19,3	34,0
60	12,1	21,3	12,7	25,0
70	7,3	13,9	7,6	16,6
80	4,1	7,7	4,2	9,2
90	2,3	3,7	2,4	4,2

1871/1881: Deutsches Reich; 2010/2012: Deutschland.

► Info 4

Bevölkerungsvorausberechnung

Das Ziel von Bevölkerungsvorausberechnungen ist es, mit Fortschreibungsverfahren zu zeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln werden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen – wie das Geburtenverhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen – mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Die 13. – zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder – koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060. Der ihr zugrunde liegende Bevölkerungsbestand am 31. Dezember 2013 basiert auf der Bestandsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Die Vorausberechnung beruht auf Annahmen zur künftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland (Wanderungssaldo). Insgesamt ergeben sich aus jeweils zwei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Wanderungssaldo acht Varianten der künftigen Entwicklung. Außerdem liegen drei zusätzliche Modellrechnungen für analytische Zwecke vor.

Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist abrufbar unter www.destatis.de. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden anhand der animierten Bevölkerungspyramiden veranschaulicht. Die interaktive Anwendung bietet Ihnen auch die Möglichkeit, die Veränderung gleichzeitig in drei verschiedenen Bundesländern miteinander zu verfolgen.

nen mehr als verdoppeln. Die Nettozuwanderung wird diese immer stärker aufklaffende Lücke auf Dauer nicht schließen können.

Die Bevölkerungszahl von 80,8 Millionen Menschen im Jahr 2013 wird deshalb – je nach Ausmaß der Nettozuwanderung – voraussichtlich noch fünf bis sieben Jahre steigen und anschließend sinken. Unter den Stand von 2013 sinkt sie frühestens

2023. Im Jahr 2060 werden demnach in Deutschland zwischen 67,6 Millionen Menschen (Variante 1: kontinuierliche Entwicklung bei schwächerer Zuwanderung) und 73,1 Millionen Menschen (Variante 2: kontinuierliche Entwicklung bei stärkerer Zuwanderung) leben.

Die Relation zwischen Alt und Jung wird sich stark verändern. Ende 2013 waren noch 18 % der Bevölkerung jünger als

20 Jahre und auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen 21 %. Die Personen im sogenannten Erwerbsalter (hier von 20 bis 64 Jahre, siehe Info 2) stellten 61 % der Bevölkerung. Im Jahr 2060 werden dagegen 16 % unter 20 Jahre alt sein und etwa ein Drittel (33 % oder 32 %) 65 Jahre oder älter. Im Erwerbsalter befindet sich dann nur etwa die Hälfte der Bevölkerung (51 % oder 52 %). ► [Abb 5](#)

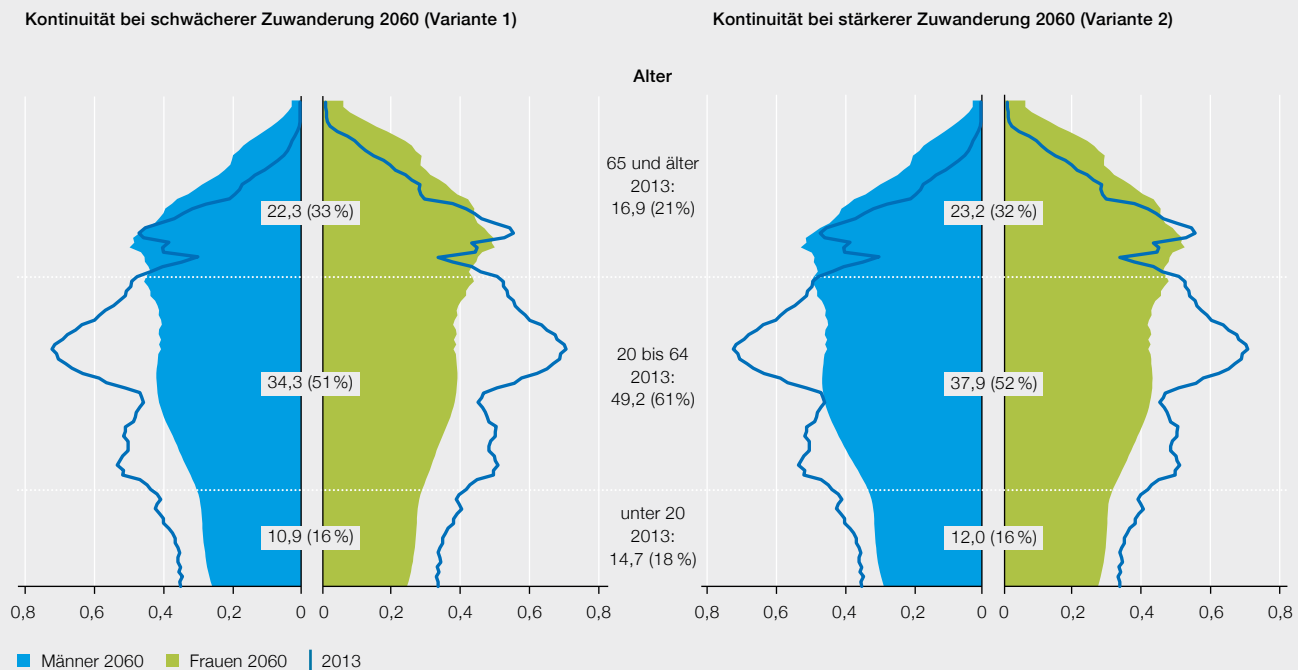
Die Gesamtzahl der unter 20-Jährigen war im Ausgangsjahr 2013 mit 14,7 Millionen Personen bereits rund 3 Millionen geringer als noch vor 20 Jahren (1993: 17,5 Millionen Personen). Sie wird bis zum Jahr 2060 bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung weiter sinken. Je nach Stärke der Nettozuwanderung wird sie auf 11 Millionen Personen (Variante 1) beziehungsweise 12 Millionen Personen (Variante 2) fallen. Die Anzahl der Kinder im Vorschulalter

wird von der Geburtenentwicklung bestimmt. Sie bleibt noch bis Anfang der 2020er-Jahre voraussichtlich bei etwa 4 Millionen Kindern stabil und sinkt dann allmählich bis 2060 um etwa 1 Million Kinder. Die Anzahl der 6- bis 17-Jährigen geht dagegen von derzeit 9 Millionen bis Anfang der 2020er-Jahre um etwa 400 000 bis 500 000 junger Menschen zurück, bleibt dann für etwa zehn Jahre auf diesem Niveau und sinkt anschließend bis 2060 auf rund 7 Millionen Heranwachsende dieses Alters.

Die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter (hier: von 20 bis 64 Jahre) wird in den nächsten Jahrzehnten besonders stark sinken. Denn die stark besetzten Jahrgänge der Baby-Boomer, die derzeit die ältere Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter stellen, werden in den kommenden zwei Jahrzehnten aus dem Erwerbsalter weitgehend ausscheiden.

Ihnen folgen dann die deutlich geringer besetzten Geburtsjahrgänge, auch Geburtskohorten genannt, der 1970er- und 1980er-Jahre. Im Jahr 2013 waren 49,2 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Ihre Zahl wird demnach ab 2020 deutlich zurückgehen und 2035 etwa 41 Millionen beziehungsweise 43 Millionen Personen betragen. Im Jahr 2060 werden dann etwa 38 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein (–23 %), falls sich der Wanderungssaldo langfristig bei 200 000 Personen einpendelt (Variante 2 Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung). Geht die Zuwanderung langfristig auf 100 000 Personen zurück (Variante 1 Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung), gibt es 2060 ein noch kleineres Erwerbspersonenpotenzial: 34 Millionen Menschen, das sind 30 % weniger als 2013. Wird das Erwerbsalter mit 67 statt mit 65 Jahren abgegrenzt, so

► **Abb 5** Altersaufbau der Bevölkerung in den Jahren 2013 und 2060 — in Millionen (in Prozent)



2013: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2060: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung, Variante 1; Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung, Variante 2); animierte Bevölkerungspyramide unter www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/ Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

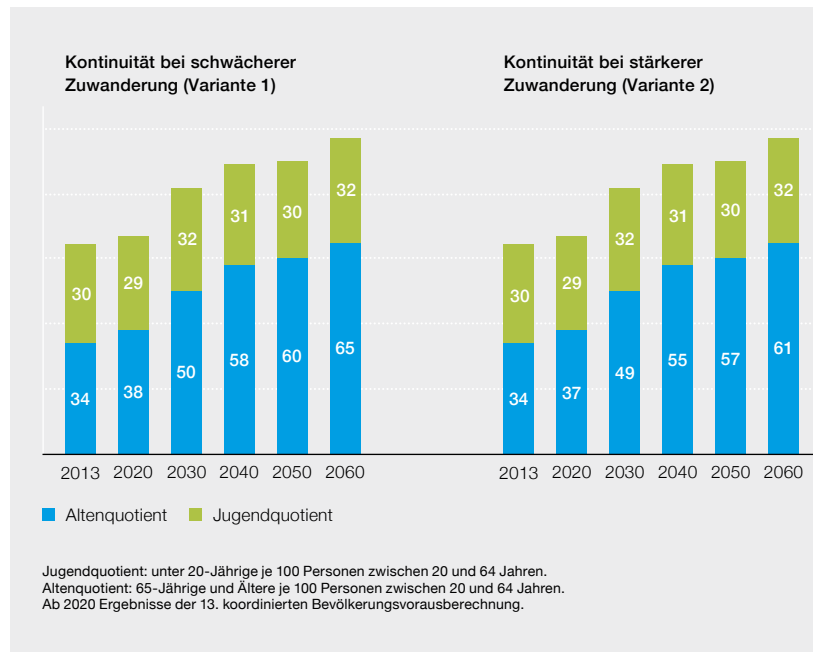
werden 2035 noch etwa 43 Millionen bis 45 Millionen Personen und 2060 noch etwa 36 Millionen bis 40 Millionen Personen dazugehören (jeweils bei schwächerer beziehungsweise bei stärkerer Zuwanderung). Das wären 2060 dann rund 2 Millionen Personen mehr als bei der Altersgrenze 65 Jahre.

Die Anzahl der ab 65-Jährigen wird besonders deutlich in den kommenden Jahrzehnten bis zum Jahr 2037 wachsen. Bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und einem schwächeren Wanderungssaldo wird sie 2037 gut 23 Millionen Personen betragen und damit um etwa 40 % höher sein als im Jahr 2013 (16,9 Millionen Personen). Zwischen 2037 und 2060 wird diese Altersgruppe – trotz einer voraussichtlich sinkenden Zahl der Gesamtbevölkerung – fast unverändert bleiben.

Die Entwicklungen bei den 65- bis 79-Jährigen und bei den ab 80-Jährigen unterscheiden sich indessen deutlich. Die jüngere Seniorengruppe wird vor allem zwischen 2025 und 2035 deutlich wachsen, bis die stark besetzten Jahrgänge allmählich ins höhere Alter wechseln. Die Zahl der Hochbetagten nimmt dagegen fast kontinuierlich zu. Um 2050 wird sie ihr Höchstniveau mit knapp 10 Millionen Personen erreichen. Dann wird sie doppelt so groß sein, wie im Jahr 2013 (4,4 Millionen Menschen). Der Anteil der ab 80-Jährigen an der gesamten Seniorengruppe wird dabei von heute 26 % auf 43 % beziehungsweise 45 % steigen. Zwischen 2050 und 2060 wird ihre Zahl um rund 1 Million Personen sinken.

Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig immer mehr Senioren gegenüberstehen. Im Jahr 2013 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) 34 Ältere (65 oder mehr Jahre). Im Jahr 2060 werden es bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und schwächerer Zuwanderung 65 ältere Menschen sein. Beträgt der jährliche Zuzugsüberschuss langfristig 200 000 Personen, fällt der sogenannte Altenquotient mit 61 Personen nur wenig niedriger aus. ▶ Abb 6

► Abb 6 Entwicklung des Alten- und Jugendquotienten



Eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bedeutet weniger Menschen im Renten- und mehr im Erwerbsalter, das dann von 20 bis 66 Jahre reicht. Die Anhebung führt damit zu einem niedrigeren Altenquotienten, der im Jahr 2060 zwischen 57 (Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung) und 54 (Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung) liegen würde.

Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung, für deren Aufwachen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Dieser wird im Vorausberechnungszeitraum zwischen 29 und 32 schwanken.

Der Gesamtquotient – als Summe des Jugend- und Altenquotienten – zeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Der Gesamtquotient wird künftig von der Entwicklung des Altenquotienten bestimmt. Bei kontinuier-

licher Entwicklung und schwächerer Zuwanderung wird er von aktuell 64 bis zum Jahr 2037 auf 90 steigen, sich danach bis Mitte der 2040er-Jahre stabilisieren und anschließend bis zum Jahr 2060 auf 97 klettern. Bei einer stärkeren Nettozuwanderung würde der Gesamtquotient dann 93 betragen.

Die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt, dass die Alterung der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten unabwendbar ist. Die aktuelle Altersstruktur führt dazu, dass ab Mitte der 2020er-Jahre immer mehr Menschen im Rentenalter verhältnismäßig schwach besetzten Jahrgängen im Erwerbsalter gegenüberstehen. Im Jahr 2030 werden die Angehörigen des Jahrgangs 1964, des geburtenstärksten Jahrgangs der Nachkriegszeit, 66 Jahre alt. Von diesen Veränderungen werden viele Lebensbereiche betroffen sein. Sie werden nicht erst in 50 Jahren spürbar, sondern auch schon in den nächsten zwei Jahrzehnten eine große Herausforderung darstellen.

1.2 Demografischer Wandel: Sterblichkeit und Hochaltrigkeit

Rembrandt Scholz

Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

WZB/SOEP

Demografischer Wandel ist auch in Deutschland mit der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung verbunden. Beide Entwicklungen werden hauptsächlich durch das anhaltend niedrige Fertilitätsniveau (circa 1,4 Kinder je Frau) verursacht (siehe Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 1). Seit etwa 40 Jahren wird die Elterngeneration nur zu zwei Dritteln durch Geburten ersetzt. Somit verschiebt sich die Altersstruktur der Bevölkerung in das höhere Alter. Eine weitere Ursache der Alterung der Bevölkerung ist die Lebensverlängerung durch ein höheres Sterbealter. Die Zunahme der Lebenserwartung und die Zunahme von Hochaltrigen in der Bevölkerung ist das Thema des folgenden Beitrages.

Die Lebenserwartung ist ein demografischer Indikator, der die Sterblichkeit mithilfe von Sterbetafeln bewertet. Mit der Sterbetafel werden die kumulative Wirkung der Einflüsse der Vergangenheit und die aktuelle Wirkung der Sterb-

lichkeit auf die Lebenserwartung abgebildet. ► [Info 1](#)

In den letzten 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung in Deutschland verdoppelt; in den letzten 50 Kalenderjahren gab es eine Zunahme von elf Lebensjahren. Die Entwicklung der Sterblichkeit ist das Resultat eines verbesserten Lebensniveaus und des medizinischen Fortschrittes. Die allmähliche Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland bildet sich auch in der Angleichung der Lebenserwartung ab. Frauen aller Altersgruppen und Männer im Alter über 60 Jahren haben von den Veränderungen nach der Wende am stärksten profitieren können.

Die wesentlichen Gründe für die Steigerung der Lebenserwartung sind bessere Ernährung, gesündere Wohnsituationen, Verbesserung der sozialen Sicherheit und der medizinischen Versorgung. Trotz der relativen Einheitlichkeit der Trends im internationalen Vergleich gibt es Niveau-

► Info 1

Sterbetafel

Die Sterbetafel zeigt die Altersverläufe der Sterblichkeit in einer Modellbevölkerung, welche nicht mehr von der realen Altersstruktur der Bevölkerung abhängig ist (Standardisierung). Mit der Sterbetafel werden standardisierte Alterungsmaße berechnet (zum Beispiel mittlere Lebenserwartung, normale Lebensdauer, wahrscheinliche Lebensdauer).

Das Rechenprinzip: Ein Anfangsbestand von 100 000 Personen wird der altersspezifischen Sterblichkeit der realen Bevölkerung ausgesetzt. Für jedes Altersjahr werden die Gestorbenen berechnet durch Multiplikation der Sterbewahrscheinlichkeiten (der realen Bevölkerung) mit dem Anfangsbestand. Die jeweils überlebenden Personen sind der Anfangsbestand des nächsten Altersjahres. Daraus ergeben sich die Altersverteilung der Überlebenden, der Gestorbenen und der verlebten Zeit. Mit steigendem Alter verringert sich die Zahl der Überlebenden, bis der gesamte Anfangsbestand gestorben ist.

Beziehen sich die Sterbewahrscheinlichkeiten auf ein Kalenderjahr (oder mehrere Jahre), spricht man von einer Periodentafel (Querschnitt), beziehen sie sich auf Geburtsjahrgänge, spricht man von einer Generationen- oder Kohortensterbetafel (Längsschnitt).

Während die Beobachtung der Sterblichkeit der Periodentafel sich auf den Querschnitt bezieht, hat die Kohortensterbetafel einen Beobachtungszeitraum von über 100 Jahren. Nicht vollständig beobachtete Geburtsjahrgänge werden durch Modellrechnungen und Annahmen ergänzt. Eine vollständige Generationensterbetafel würde gegenwärtig nur für Geburtsjahrgänge vorliegen, sofern der gesamte Jahrgang inzwischen auch tatsächlich verstorben ist.

unterschiede zu verschiedenen Zeitpunkten. Es zeigt sich, dass die Lebensverlängerung bei Verschlechterung der Lebensbedingungen auch rückläufig sein kann. Es gibt keine Garantie für langes Leben – die individuelle Lebensspanne ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels individueller Faktoren, zum Beispiel der genetischen Disposition, der aktuellen Lebens- und Verhaltensweise und der allgemeinen Lebensbedingungen in früheren Lebensjahren. Es gibt Hinweise, dass Bildung eine wesentliche Rolle spielt. Menschen mit einem hohen Bildungsniveau haben größere Chancen, bessere Lebensbedingungen und ein höheres Alter bei besserer Gesundheit zu erreichen (siehe Kapitel 10.3.2). Es ist auch bekannt, dass Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer. Dieser Sachverhalt führt zu einem höheren Anteil von Frauen im hohen Alter in Deutschland. Im Alter von 80 Jahren und älter kommen auf einen Mann etwa drei

Frauen und im Alter von 100 Jahren und älter 7,5. Ursache dafür ist die unterschiedliche Sterblichkeit durch verschiedene biologische und soziale Risiken im Lebensverlauf.

Die Sterblichkeit unterliegt weltweit einem stetigen Trend, bei dem die »Rekordlebenserwartung« linear ansteigt. Bei Lebensverlängerung wird die Sterblichkeit systematisch nach dem Alter in höhere Alter verschoben. Dieser Prozess hatte mit der Säuglings- und Kindersterblichkeit begonnen und setzte sich in den höheren Altersgruppen fort. Heute ist das Potential der weiteren Lebensverlängerung im jungen und mittleren Alter weitgehend ausgeschöpft, sodass nunmehr die Vermeidung von Sterblichkeit im hohen und höchsten Alter im Vordergrund von Mortalitätsverbesserungen steht. Seit den 1960er-Jahren ist die Zunahme der Bevölkerung im höchsten Alter empirisch sichtbar. Bislang sind für die menschliche Alterung keine biolo-

gischen Grenzen erkennbar. Für die zukünftige Entwicklung werden stetige Verläufe vorausgesagt, sodass in 100 Jahren über die Hälfte eines Geburtsjahrganges das Alter von 100 Jahren erreichen könnte.

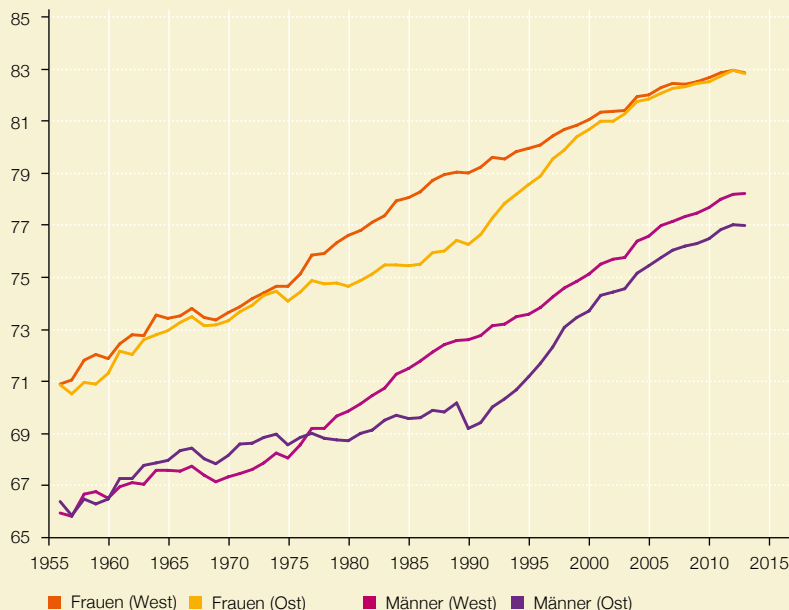
1.2.1 Entwicklung der Lebenserwartung

In Abbildung 1 sind die Trends der durchschnittlichen Lebenserwartung (e_0) in Deutschland nach Geschlecht und Region dargestellt. Bis Mitte der 1960er-Jahre bestehen kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei Frauen weitet sich zwischen Mitte der 1970er-Jahre und 1990 eine Schere zugunsten der Westdeutschen. Die nach der Vereinigung einsetzende Angleichung der Sterblichkeit ist seit 2003 weitgehend abgeschlossen. Bei Männern sind die Lebenserwartungswerte im Zeitraum zwischen 1961 und 1976 im Osten Deutschlands günstiger, seit 1977 kehrt sich dieses Verhältnis um. Nach 1991 gleichen sich die Werte zunehmend an, ab 2003 bis heute verbleibt eine konstante Differenz von einem Lebensjahr.

Durch die Berücksichtigung der Merkmale Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung und Staatsbürgerschaft lässt sich eine bis zu 50 % erhöhte Sterblichkeit der ostdeutschen Männer im Altersbereich von 35 bis 54 Jahre erklären. Die höhere Sterblichkeit in den neuen Ländern ist die Konsequenz einer im Vergleich zu den alten Ländern ungünstigeren Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich Altersstruktur, Ausländeranteil und sozioökonomischen Faktoren (Beschäftigungsstatus, Arbeitslosigkeit, Art der Tätigkeit). Werden diese Merkmale kontrolliert, kann nahezu die gesamte Differenz der Mortalität der Männer zwischen den beiden Regionen erklärt werden.

In Ost- und Westdeutschland haben offensichtlich unterschiedliche Arbeitsmarktlagen, selektive Zuwanderung aus dem Ausland sowie die Ost-West-Wanderungen einen Einfluss auf die Differenz

► Abb 1 Trend der mittleren Lebenserwartung (e_0) in Ost- und Westdeutschland nach Geschlecht 1956–2013 – in Jahren



Datenbasis: Human Mortality Database (HMD) 2016.

der Sterblichkeit. Es zeigt sich, dass arbeitslose Männer ein zweifach höheres Sterberisiko haben. Bei einer Angleichung der Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland wird eine sukzessive Angleichung der Mortalität bei Männern erwartet. ► Abb 1

Die Rahmenbedingungen der medizinischen Versorgung waren in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich und haben sich nach der deutschen Vereinigung angeglichen, was die Ausstattung des ambulanten und stationären Bereiches, die Erbringung ärztlicher Leistungen, die medizintechnologischen Möglichkeiten und das Finanzierungsvolumen betrifft. Vor der Vereinigung wirkte sich die Begrenzung der ökonomischen Ressourcen im Osten Deutschlands vor allem für Personen im höheren Alter ungünstig aus. Die Unterschiede im Bereich der medizinischen Versorgung sind heute vollständig

ausgeglichen. Weitere die Lebenserwartung beeinflussende Merkmale sind Bildung und Einkommen, die mit der Rentenhöhe (kumuliertes Lebenszeiteinkommen) korrelieren. Bei Männern, die 32 und mehr Entgeltpunkte der gesetzlichen Rentenversicherung (siehe Kapitel 10.5, Seite 334, Info 1) erworben haben, ergibt sich ein linearer Zusammenhang mit der Lebenserwartung: Je mehr Entgeltpunkte erreicht worden sind, desto höher ist die Lebenserwartung. Diesbezüglich gibt es keinen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen im Alter ab 65 Jahren.

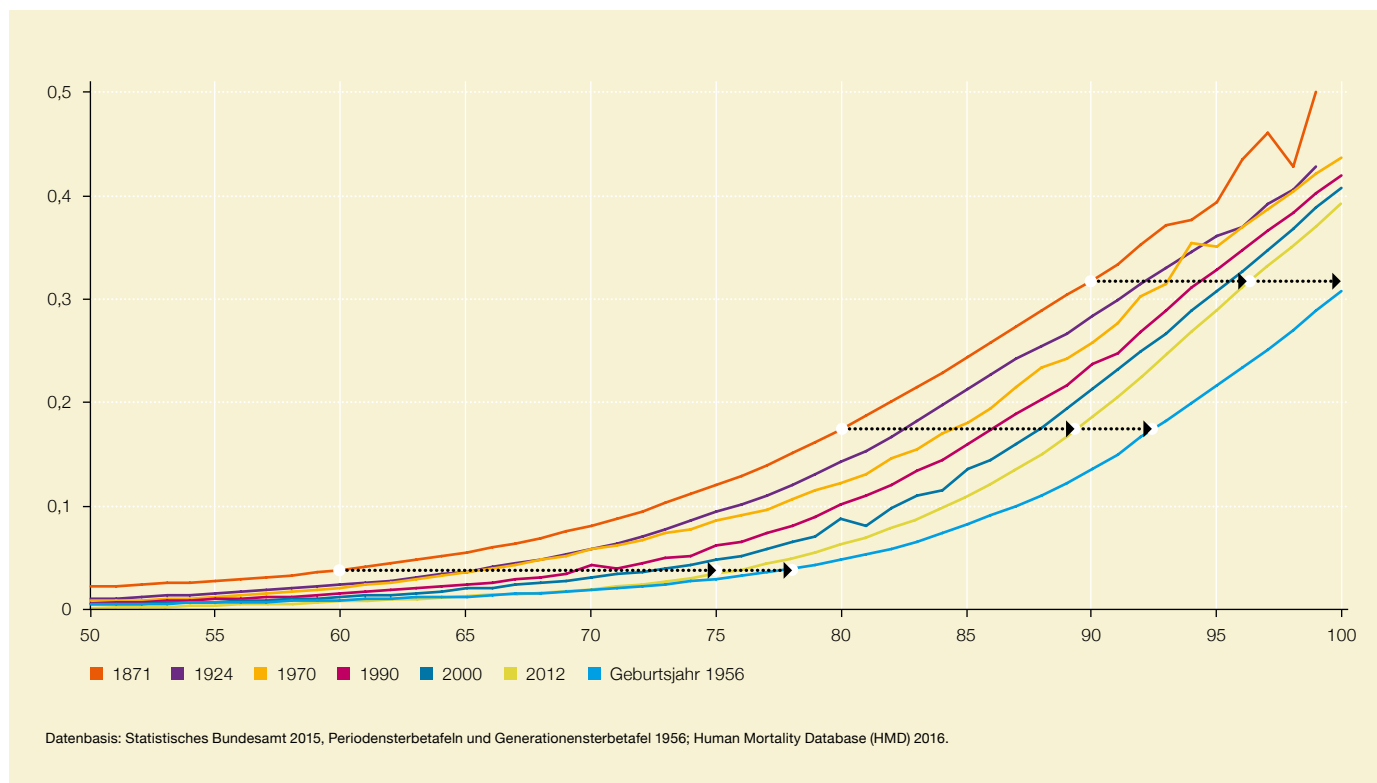
1.2.2 Verschieben von Sterblichkeit in das höhere Alter

In Abbildung 2 werden die Sterbewahrscheinlichkeiten von Männern ab dem Alter von 50 Jahren aus sogenannten Periodensterbetafeln zu verschiedenen Zeitpunkten für Deutschland (1871 bis 2012)

dargestellt und zusätzlich für den Geburtsjahrgang 1956 die Generationensterbetafel (Statistisches Bundesamt Variante 2). Mit dieser Darstellung kann man die Sterbeverhältnisse einzelner Altersjahre über den Zeitraum von 1871 bis heute nachzeichnen. Dabei zeigt sich zum Beispiel für das Alter von 60 Jahren eine Verschiebung der Sterbeverhältnisse zwischen 1871 und 2012 um 15 Jahre; bei der Berücksichtigung der künftigen Sterblichkeitsreduktion für den Geburtsjahrgang 1956 sind es insgesamt 18 Jahre. Die altersspezifischen Sterbeverhältnisse der 80-Jährigen von 1871 werden von dem Geburtsjahrgang 1956 im Kalenderjahr 2046 im Alter von 92 Jahren erreicht. ► Abb 2

Tabelle 1 fasst die verschiedenen Mittelwerte von Sterbetafelfunktionen zusammen, die geeignet sind, die Sterblichkeit und die Lebensdauer einer Bevölkerung zu beschreiben: die mittlere Lebenserwar-

► Abb 2 Altersverteilung der Sterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 50 Jahre für Männer in Deutschland 1871–2012, Geburtsjahrgang 1956 und die Veränderung von Sterblichkeit in verschiedenen Altersjahren



tung, die wahrscheinliche Lebensdauer und die normale Lebensdauer. Die Parameter der Sterbetafel hängen nicht von der Altersstruktur der Bevölkerung ab. Dazu gehört auch die bereinigte Sterblichkeit, die Sterblichkeit der Sterbetafelbevölkerung (Gestorbene geteilt durch die mittlere Bevölkerung, gemessen je 1000 Personen der Bevölkerung). ▶ Tab 1

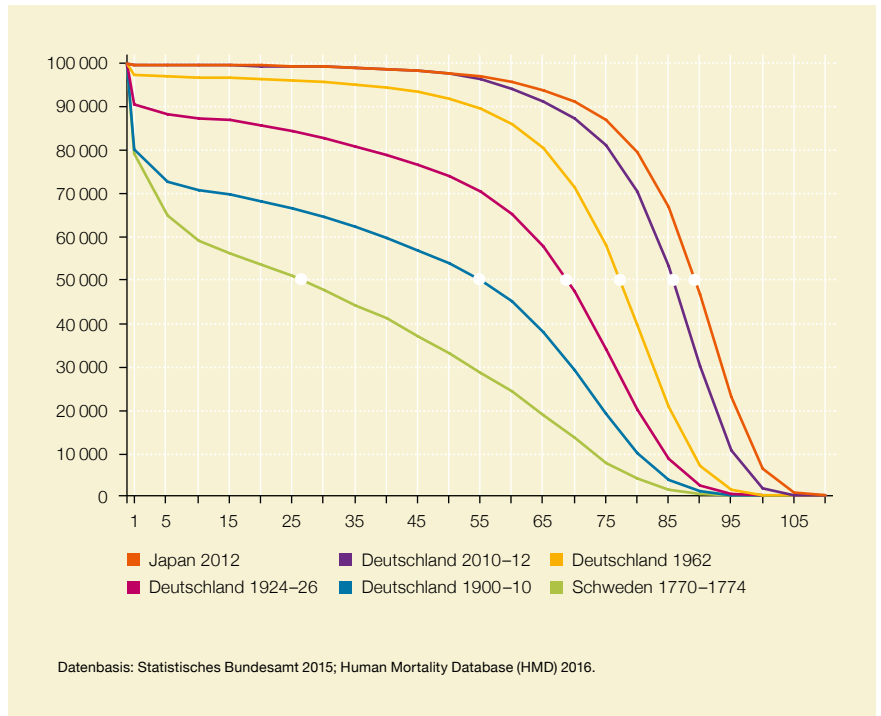
Über 50 % aller Sterbefälle finden heute im Alter über 82 Jahren statt. Der arithmetische Mittelwert der Gestorbenen dx nach dem Alter ist die mittlere Lebenserwartung. Die normale Lebensdauer ist das sogenannte Dichtemittel der Altersverteilung der Gestorbenen, womit dasjenige Alter gemeint ist, in dem die meisten Personen des Anfangsbestandes (100 000 Personen) versterben. Der Zentralwert der Überlebenden der Sterbetafel schließlich ist das Alter, bei dem 50 % des Anfangsbestandes verstorben sind. Die letztgenannte

► Tab 1 Kennziffern zur Beschreibung von Lebensverlängerung in Deutschland 2010/12 nach Geschlecht – Lebensdauer in Jahren

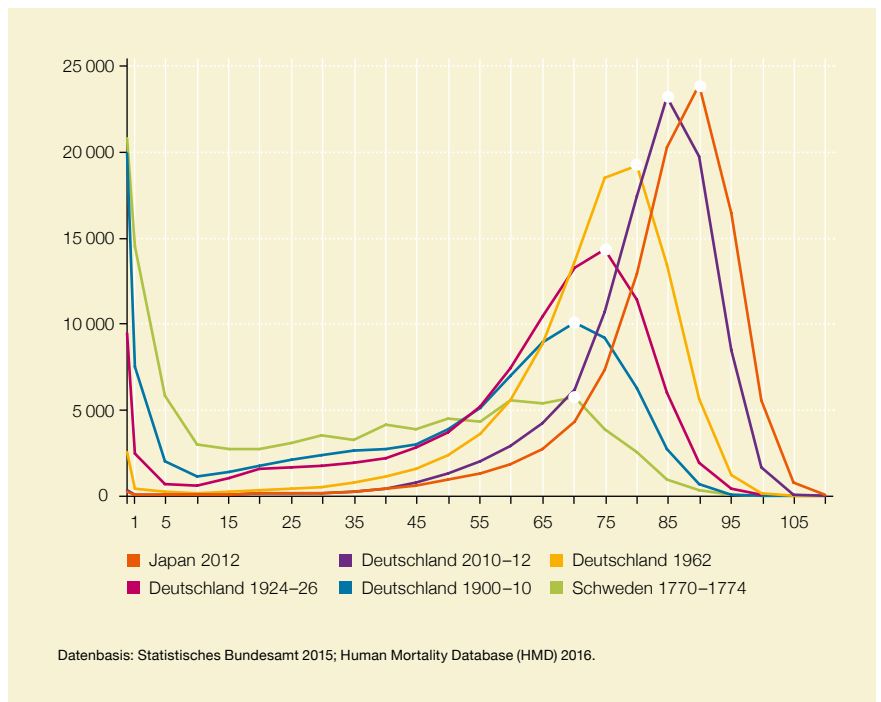
	Männer	Frauen
Mittlere Lebenserwartung (Arithmetisches Mittel von dx)	77,7	82,8
Wahrscheinliche Lebensdauer (Zentralwert, 50 % Wert von lx)	80,8	85,7
Normale Lebensdauer (Dichtemittel von dx)	85,0	88,0
je 1 000 Personen		
Bereinigte Sterblichkeit (1 000/ ex) (in = 0/000)	12,9	12,1

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Periodensterbetafeln 2015; eigene Berechnungen.

► Abb 3 Altersverteilung der Überlebenden (lx) von 100 000 der Sterbetafel und der Mittelwert der wahrscheinlichen Lebensdauer für Frauen in Deutschland 1871–2012, Schweden 1770/74 und Japan 2012



► Abb 4 Altersverteilung der Gestorbenen (dx) von 100 000 der Sterbetafel und der Mittelwert der normalen Lebensdauer für Frauen in Deutschland 1871–2012, Schweden 1770/74 und Japan 2012



Kennziffer wird in Abbildung 3 in Deutschland 1871 bis 2012 dargestellt, ergänzt um je eine Kurve für Schweden 1770/74 und Japan 2012. Im historischen Vergleich verschiedener Zeiträume lassen sich die Veränderungen der Sterblichkeit durch die Änderung der Altersverteilungen anhand der Mittelwerte nachvollziehen. Der historische Prozess der Lebensverlängerung gestaltet sich in allen Ländern sehr ähnlich. Schweden mit den historisch ältesten Daten zeigt den Beginn der Entwicklung und Japan mit der weltweit höchsten Lebenserwartung die mögliche zukünftige Verteilung nach dem Alter. Bislang gibt es keine Anzeichen, dass sich diese Dynamik des Lebensverlängerungsprozesses abschwächen wird. Man kann durchaus davon ausgehen, dass sich der Zentralwert im Durchschnitt in den nächsten 100 Kalenderjahren in ein Alter von über 100 Lebensjahren verschieben wird. ▶ Abb 3

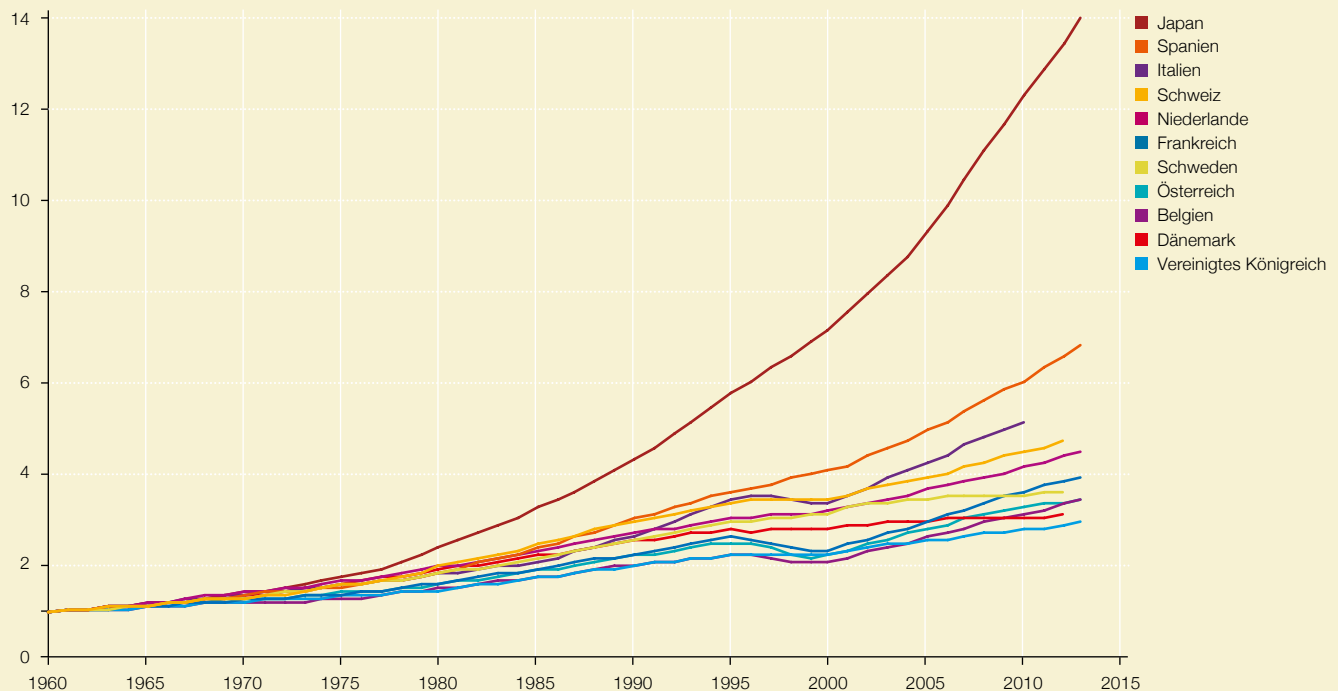
In Abbildung 4 wird dieser Darstellung die Altersverteilung der Sterbefälle dx in den verschiedenen Zeiträumen gegenübergestellt. Es zeigen sich deutliche Verschiebungen der Sterbefälle in ein immer höheres Alter und die entsprechenden Änderungen der Dichtemittel. ▶ Abb 4

Mit der Alterung der Bevölkerung steigt der Bedarf an verlässlichen Daten für das hohe Alter. Die amtliche Statistik liefert zwar über die Bewegungsmengen der Bevölkerung wie Geburten, Gestorbene und Wanderungen verlässliche Daten, nicht aber über den Bevölkerungsbestand im höchsten Alter. Die Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes wird schnell ungenau, wenn nicht in regelmäßigen Abständen Volkszählungen durchgeführt werden (siehe Kapitel 1.1). Die hohen Altersklassen sind auch heute noch sehr schwach besetzt und daher anfällig für Fortschreibungsfehler. Das Problem wird in der Bevölkerungsstatistik

nicht augenscheinlich, da mit einer großen, nach oben offenen Altersklasse gearbeitet wird. Das führt dazu, dass die Entwicklungen der Sterblichkeit, welche zum größten Teil in dieser hohen Altersgruppe stattfinden, nicht sichtbar sind.

Bis Mitte der 1990er-Jahre war über die Sterblichkeit von Personen über 80 Jahren sehr wenig bekannt. Mit Modellannahmen des Sterblichkeitsverlaufes wurde über die empirische Unwissenheit hinweggeholfen. Erst durch die systematischen Sammlungen der Bevölkerungsdaten von Väinö Kannisto und Roger Thatcher erfolgte eine international vergleichbare Sammlung und Aufbereitung von Daten über den hohen Altersbereich. Die Bemühungen zielen darauf, den ungenauen Bestand der Bevölkerung im höchsten Alter durch systematische Schätzungen zu ersetzen, die auf den Altersangaben der Sterbefälle beruhen. Die hohe Qualität der Bevölkerungsregister

▶ Abb 5 Relative Zunahme der Personen im Alter von 80 Jahren und älter für ausgewählte Länder 1960–2013 — bezogen auf das Jahr 1960=1



Datenbasis: Human Mortality Database (HMD) 2016; eigene Berechnungen.

beispielsweise in den skandinavischen Ländern zeigt die Validität dieser Vorgehensweise.

Heute stehen diese Bevölkerungsdaten als Forschungsdatenbanken »Kannisto Thatcher Database« über die Population im hohen Alter und »Human Mortality Database« als internetverfügbare Datenbanken für die wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit unentgeltlich zur Verfügung (<http://www.humanmortality.de> und <http://www.demogr.mpg.de/databases/ktdb>). Für 38 Länder mit guter Bevölkerungsstatistik liegen detaillierte Daten für den höchsten Altersbereich (bis 110+) vor, so auch für Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 5 stellt die relative Entwicklung der Personen im Alter von 80 Jahren und älter relativ zum Bestand von 1960 dar. Es zeigen sich für alle Länder starke absolute Zunahmen. Für einige Länder sind auch die Auswirkungen der Weltkriege sichtbar. Die wichtigste Ursache für den Anstieg der Bevölkerungsanteile im höheren Alter ist der Sterblichkeitsrückgang nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders nach 1980. Bei den Hundertjährigen und Älteren ist die relative Zunahme am stärksten. Das extrem hohe Alter ist nach wie vor sehr selten und der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung dementsprechend gering: er beträgt weniger als 0,5 %. ▶ Abb 5

Die Sterblichkeitsentwicklungen gehen bei beiden Geschlechtern systematisch vom hohen Alter in ein noch höheres Alter über. Im Jahr 1960 erreichen 20 % der Frauen und 15 % der Männer, die den 80. Geburtstag feiern konnten, das Alter

von 90 Jahren. 40 Jahre später sind es 45 % der Frauen und 30 % der Männer. Die Anteile derer, die sogar das 100. Lebensjahr erreichen, sind deutlich geringer. In absoluten Zahlen gemessen ist das höchste Alter in der Bevölkerung sehr gering besetzt, hat sich aber stetig vervielfacht und wird auch in Zukunft weiter ansteigen.

Das individuelle Interesse alt zu werden und die Vermeidung von gesundheitlichen Risiken wirken sich auf die Lebenserwartung erhöhend aus. Allerdings gibt es eine Reihe von Verhaltensweisen und Gesundheitsrisiken, die von Teilen der Bevölkerung als erhöhtes Risiko in Kauf genommen werden (Alkohol, Rauchen, Übergewicht). Sofern sich diese gesundheitsgefährdenden Verhaltensweisen innerhalb der Bevölkerung nicht verbreiten, ist auch in Zukunft von einem weiteren Lebenserwartungszuwachs auszugehen. Die sozialen Fortschritte werden sich auch in einer Verbesserung des Gesundheitszustandes umsetzen. Es erreichen mehr Personen ein höheres Alter, mit einem besseren Gesundheitszustand.

Wer sehr lange lebt, unterliegt mit steigender Lebensdauer verstärkt Risiken körperlicher und kognitiver Einschränkungen und Erkrankungen. Es liegen oft mehrere Krankheiten (Multimorbidität) vor. Generell bleiben ältere Menschen heute länger gesund und ihr Wohlbefinden hat sich erhöht. Auch künftig ist zu erwarten, dass die gesunden Lebensjahre und die behinderungsfreie Lebenserwartung zunehmen werden. Da gleichzeitig jedoch mehr Menschen von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen sein werden, ist mit mehr Pflegefällen zu rechnen,

vor allem, wenn geburtenstarke Jahrgänge das höhere Alter erreichen. Im Vergleich der Jahre 2001 und 2011 lässt sich eine steigende Lebenserwartung erkennen, die auf einer Zunahme der Lebenszeit sowohl innerhalb als auch außerhalb der Pflege beruht. Der größte absolute Zuwachs an Lebensjahren erfolgt bei beiden Geschlechtern außerhalb der Pflege, die relative Zunahme ist bei der Pflegedauer besonders hoch. ▶ Tab 2

1.2.3 Bevölkerungsvorausberechnungen und zukünftige Entwicklung

In der realen Bevölkerungsentwicklung sind die Prozesse der Alterung durch unterschiedlich starke Besetzungen der einzelnen Geburtsjahrgänge nicht deutlich sichtbar. Die Konfiguration der Alterspyramide einer Bevölkerung wird sowohl durch die Bewegungsmengen Geburt, Migration und Tod beeinflusst als auch durch epochale Ereignisse wie Kriege und Änderungen des sozialen Systems. Die Schwankungen in den Bevölkerungszahlen im Altersverlauf und der Anzahl von Gestorbenen können daher verschiedene Ursachen haben.

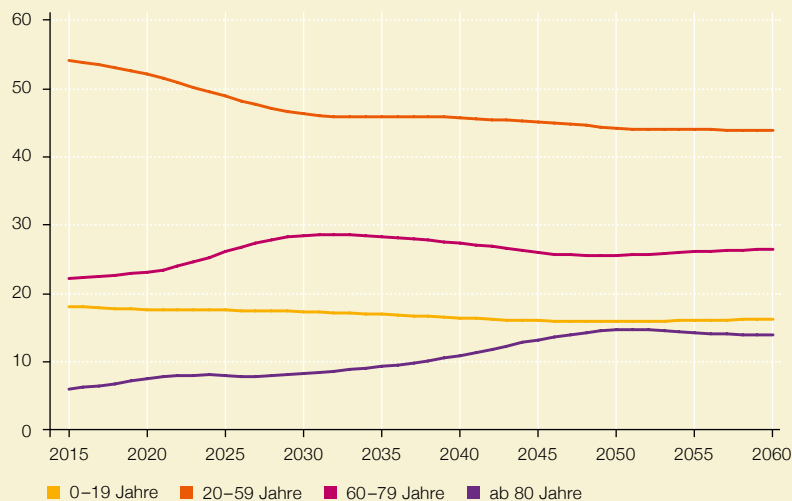
Die Bevölkerungsvorausberechnungen (siehe Kapitel 1.1, Seite 25, Info 4) ermöglichen es, künftige Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung darzustellen. Aufgrund der gleichmäßigen Bevölkerungsentwicklung können Aussagen mit großer Genauigkeit über einen langen Zeitraum getroffen werden. Bei Personen im höheren Alter sind die Vorhersagen besonders sicher, weil sie fast nur von der heutigen Altersstruktur und von der Entwicklung der Mortalität abhängen. Da die tatsächliche empirische Entwicklung der Einflussgrößen über den Vorausrechnungszeitraum nicht bekannt ist, werden meist mehrere Annahmen zum Verlauf einzelner Komponenten getroffen. Die Ergebnisse einer Vorausberechnung lassen sich immer nur im Zusammenhang der jeweils getroffenen Annahmen interpretieren. Da nicht sicher ist, wie sich die Zu- und Abwanderung in Deutschland entwickeln werden, werden hier nur Trendaussagen ohne Wanderun-

▶ Tab 2 Aufteilung der Lebenserwartung in pflegefreie Lebenszeit und die Lebenszeit in Pflege 2001 und 2011 nach Geschlecht, Pflege ab dem Alter von 60 Jahren — in Jahren

	Männer		Frauen	
	2001	2011	2001	2011
Lebensdauer ohne Pflege	73,8	76,1	78,3	79,4
Pflegedauer	1,6	1,9	3,0	3,5
Lebenserwartung	75,4	78,0	81,3	82,9

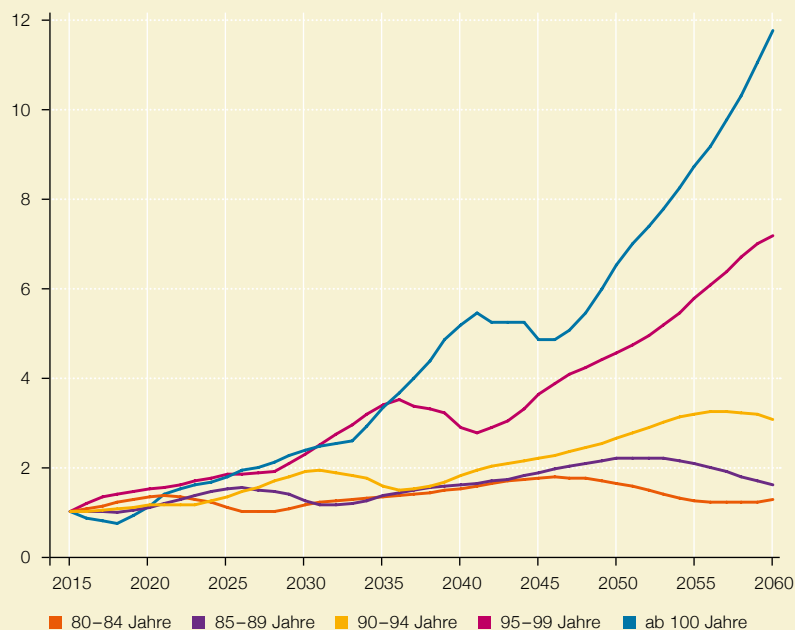
Datenbasis: Pflegestatistik Deutschland 2013; Human Mortality Database (HMD) 2016; eigene Berechnungen.

► **Abb 6** Anteil der Personen nach Altersgruppen in Deutschland 2015–2060
— in Prozent



Datenbasis: Amtliche Statistik des Bundes und der Länder 2015, 13. Koordinierte Bevölkerungsprognose, mittlere Variante W0.

► **Abb 7** Relative Zunahme der Personen im Alter von 80 Jahren und älter in Deutschland nach Altersgruppen 2015–2060 — bezogen auf das Jahr 2015=1



Datenbasis: Amtliche Statistik des Bundes und der Länder 2015, 13. Koordinierte Bevölkerungsprognose, mittlere Variante, W0.

gen getroffen (Variante: mittleres Szenario, ohne Wanderungen).

Die unterschiedliche Besetzung der Altersklassen im Prognosezeitraum 2015 bis 2060 in Deutschland sind in Abbildung 6 dargestellt (siehe auch Kapitel 1.1.4). Sie verdeutlicht, dass dem Bevölkerungsrückgang im Alter von 20 bis 59 Jahren ein Zuwachs im Alter von 60 bis 79 Jahren und im Alter von 80 Jahren und älter gegenübersteht. Während die Altersklasse 80 und älter besonders in den Zeiträumen 2015 bis 2020 und 2030 bis 2050 wachsen wird, ist der Zuwachs in der Altersklasse 60 bis 79 vor allem im Zeitraum 2020 bis 2030 zu verzeichnen. Der Anteil der 80-Jährigen und Älteren wird sich von knapp 10 % Bevölkerungsanteil auf fast 15 % erhöhen. Im Gesamtzeitraum kommt es zu einem stetigen Rückgang der Bevölkerung im Alter von 0 bis 19, da die Elterngeneration nicht durch deren Kinder ersetzt wird. Nach dem Kalenderjahr 2055 wird die Dynamik der Strukturveränderungen weitgehend abgeschlossen sein. ► **Abb 6**

Die Unterteilung der Personen über 80 Jahren nach Altersklassen zeigt für die Jüngeren eine stärkere Besetzung als für die Älteren. Die in der Altersstruktur vorhandene Variation in der Besetzung wird in immer höhere Altersgruppen weitergegeben. Die Altersgruppe der 95- bis 99-Jährigen wird im Jahr 2055 einen Anteil von 1 % erreichen und die Altersgruppe 100 Jahre und älter wird im Jahr 2060 noch unter 0,5 Prozentpunkten liegen.

Wenn man die relative Veränderung der einzelnen Altersgruppen untersucht, zeigt sich, dass die besonders schwach besetzten höchsten Altersgruppen die größten Veränderungen zu erwarten haben. 2060 sind im Vergleich zu heute 12-mal mehr 100-Jährige und Ältere zu erwarten, bei der Altersklasse der 90 bis 99-Jährigen wird sich die Anzahl um den Faktor 7 vergrößern. Diese Befunde ergeben sich aus der Gegenüberstellung der aktuellen Altersstruktur mit den Prognosen der aktuellen 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. ► **Abb 7**

1.3 Demografischer Wandel: Geburtenentwicklung und Lebensformen

Michaela Kreyenfeld

Hertie School of Governance, Berlin

Sandra Krapf

Universität zu Köln

WZB/SOEP

1.3.1 Die langfristige Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland

Die zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate, TFR) ist eine der zentralen Kennziffern, die regelmäßig verwendet wird, um das generative Verhalten abzubilden. Ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern ist die zusammengefasste Geburtenziffer in beiden deutschen Staaten Ende der 1960er-Jahre drastisch zurückgegangen und scheint sich in Westdeutschland seit Mitte der 1970er-Jahre bei einem Wert von 1,4 Kindern eingependelt zu haben. In Ostdeutschland ist die jährliche Geburtenziffer in Reaktion auf die besonderen familienpolitischen Maßnahmen, die die DDR-Regierung Anfang und Mitte der 1970er-Jahre lancierte, kurzfristig wieder angestiegen, lag aber zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung auf einem ähnlichen Niveau wie die westdeutsche Ziffer. Der Einbruch der jährlichen Geburtenziffern nach der Wende auf einen Wert von nur 0,8 Kindern pro Frau in Ostdeutschland im Jahr 1993 ist besonders augenfällig. Seit 2007 liegen die ost- und westdeutschen Geburtenziffern auf einem ähnlichen Niveau (siehe Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 4).

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird häufig als durchschnittliche Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, interpretiert. Unter Demografen gilt sie jedoch als höchst problematische Kennziffer. Der wesentliche Grund für diese Skepsis besteht darin, dass die zusammengefasste Geburtenziffer nur ein Schätzwert für die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ist, der verzerrt wird, sobald sich das durchschnittliche Alter bei Geburt verschiebt (siehe Info 1). Diese Veränderungen des Alters, in dem Frauen ihre Kinder bekommen, werden unter dem Begriff Tempo-Effekte zusammengefasst. Tempo-Effekte sind vor allem problematisch für die Beurteilung der ostdeutschen Entwicklung, da mit der deutschen Vereinigung das Alter bei Familiengründung rapide angestiegen ist. Lag im Jahr 1989 das durchschnittliche Alter

bei Familiengründung noch bei knapp 23 Jahren in Ostdeutschland, liegt es im Jahr 2012 bei 27,5 Jahren und damit nur noch knapp zwei Jahre unter dem westdeutschen Durchschnittsalter bei Erstgeburt (Tabelle 1). In Westdeutschland können wir seit den 1970er-Jahren einen kontinuierlichen Anstieg des Alters bei Erstgeburt beobachten, der bislang nicht zum Stillstand gekommen ist. ► Info 1, Tab 1

Vor dem Hintergrund der kontinuierlichen Veränderungen im Alter bei Geburt ist die zusammengefasste Geburtenziffer kein verlässlicher Schätzwert, um das Geburtengeschehen abzubilden. Ein solider Indikator des Geburtenverhaltens ist die Kohortenfertilität (CTFR), das heißt die Kinderzahl pro Geburtsjahrgang von Frauen. Bei der CTFR handelt es sich nicht um einen Schätzwert, sondern um die tatsächliche Kinderzahl je Frauenjahrgang. Abbildung 1 gibt die Kohortenfertilität für die Jahrgänge 1941–1972 wieder. Da die jüngeren Jahrgänge bis zum letzten Beobachtungszeitpunkt im Jahr 2012 das Ende ihrer reproduktiven Phase noch nicht erreicht haben, ist für diese Jahrgänge nur die Fertilität bis zum Alter 40 abgetragen. In Ost- und Westdeutschland geht seit den 1940er-Kohorten die Kinderzahl mit jedem folgenden Jahrgang kontinuierlich zurück. In Ostdeutschland ist dieser Rückgang bis zu den 1950er-Jahrgängen weniger stark ausgeprägt. Dafür hat sich in Ostdeutschland für die 1960er-Jahrgänge der Geburtenrückgang beschleunigt. In beiden Teilen Deutschlands liegt die durchschnittliche Kinderzahl für die Jahrgänge, die um 1965 geboren wurden, bei etwa 1,5 Kindern pro Frau. Für die jüngeren Kohorten, die 1966 oder später zur Welt kamen, lässt sich noch nicht abschließend die Gesamtkinderzahl bestimmen. Es deutet sich jedoch ein leichter Anstieg der Kohortenfertilität für die jüngeren Jahrgänge an. Insgesamt zeigt sich, dass die tatsächliche Kinderzahl bislang für jeden Frauenjahrgang über dem Wert von 1,4 Kindern pro Frau, der durch die zusammengefasste Geburtenziffer seit

► Info 1

Zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate, TFR)

Die »zusammengefasste Geburtenziffer« (total fertility rate, TFR) ist ein Periodenmaß der Fertilität. Es wird berechnet aus der Summe der altersspezifischen Geburtenziffern eines Jahres, geteilt durch 1 000. Die altersspezifischen Geburtenziffern berechnen sich wiederum aus der Anzahl der Geburten pro 1 000 Frauen nach Einzelalter. Idealerweise gibt die TFR die durchschnittliche Kinderzahl unter den gegebenen Bedingungen (»under current conditions«) wider. Letztendlich ist die Maßzahl jedoch nur ein Schätzwert für die durchschnittliche Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt. Dieser Schätzwert ist störungsanfällig. Ein Anstieg des Alters bei Geburt führt zu einem Rückgang der jährlichen TFR, obwohl die tatsächliche Kinderzahl konstant bleiben kann. Ein Rückgang des Alters bei Geburt lässt die TFR wiederum ansteigen.

► Tab 1 Durchschnittsalter der Frau bei Geburt und bei Geburt des ersten Kindes 1960–2012 — in Jahren

	1960	1970	1980	1989	2000	2010	2012
Erste Kinder							
Westdeutschland	24,9	23,8	25,0	26,6	.	29,1	29,3
Ostdeutschland	23,0	22,5	22,2	22,7	.	27,3	27,5
Deutschland ¹	X	X	X	X	.	28,8	29,1
Alle Kinder							
Westdeutschland	27,9	27,0	27,1	28,3	29,0	30,5	30,8
Ostdeutschland	26,4	25,4	24,5	25,2	27,7	29,3	29,5
Deutschland ¹	X	X	X	X	28,8	30,3	30,6

1 Ab 1989 wurde Berlin aus der Ost-West-Darstellung ausgeschlossen.
 . Nicht erhoben.
 X Aussage nicht sinnvoll.
 Datenbasis: Human Fertility Database; Kreyenfeld (2002).

27,5

Jahre betrug das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes 2012 in Ostdeutschland. Im Jahr 1960 war es 23,0 Jahre.



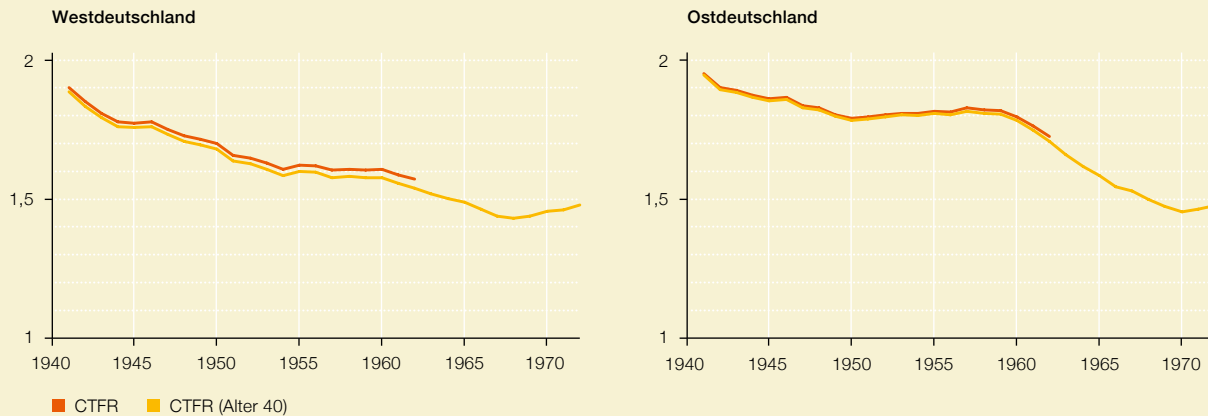
den 1970er-Jahren suggeriert wird, liegt. Demnach wurde bislang die Geburtenintensität, die auf Basis der zusammengefassten Geburtenziffer angezeigt wurde, systematisch unterschätzt. ► Abb 1

1.3.2 Kinderlosigkeit und Unterschiede nach Geburtsordnung

Obwohl die durchschnittliche Kinderzahl nicht weiter rückläufig zu sein scheint, liegt die Geburtenintensität in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, vor allem im Vergleich zu den nordischen Ländern oder im Vergleich zu Frankreich, weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Ein Charakteristikum des Fertilitätsverhaltens in Deutschland, welches zum Teil die niedrige durchschnittliche Kinderzahl erklärt, ist die relativ hohe Kinderlosigkeit. Seit den Geburtsjahrgängen, die um 1940 geboren wurden, ist die Kinderlosigkeit in Westdeutschland kontinuierlich angestiegen und liegt für die Frauenjahrgänge, die 1960 bis 1967 geboren wurden, bei 23 % (siehe Abbildung 2). In Ostdeutschland liegt die Kinderlosigkeit bislang deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Für die Frauen, die nach der Wende in das reproduktive Alter getreten sind, steigt sie jedoch auch dort an und erreicht für Frauen, die zwischen 1960 und 1967 geboren wurden, 14 %. In Frankreich liegt die Kinderlosigkeit der Kohorten, die um 1965 geboren wurden, beispielsweise bei etwa 15 %.

Im Vergleich zu Ländern wie Frankreich oder den nordischen Ländern fällt zudem der niedrige Anteil von Frauen mit drei oder mehr Kindern auf. In den Geburtsjahrgängen 1960 bis 1967 haben nur 18 % der westdeutschen und 13 % der ostdeutschen Frauen drei und mehr Kinder zur Welt gebracht. Zum Vergleich: In Frankreich haben deutlich mehr als 20 % der Frauen dieser Jahrgänge drei und mehr Kinder. Für die jüngeren Jahrgänge, die nach 1967 geboren wurden, lässt sich die Verteilung der Kinderzahl noch nicht abschließend klären, da diese Frauen noch im reproduktiven Alter sind. Es deutet sich jedoch an, dass die Neigung,

► Abb 1 Kinderzahl pro Geburtsjahrgang von Frauen (Kohortenfertilität) 1941–1972



Datenbasis: Human Fertility Database; Shkolnikov und Sobotka (2014).

zwei oder drei und mehr Kinder zu bekommen, in Ostdeutschland niedriger ist als in Westdeutschland. Auch Kinderwunschstudien bestätigen, dass sich Ostdeutsche häufiger nur ein Kind wünschen als Westdeutsche. ► Abb 2

1.3.3 Lebensformen und die Bedeutung nichtehelichen Zusammenlebens

Abgesehen vom Wandel des generativen Verhaltens verändern sich auch die Lebens- und Familienformen in Deutschland, welche in der Vergangenheit häufig mit der Begrifflichkeit der »Pluralisierung« auf den Punkt gebracht worden sind. Ausgehend vom Bezugspunkt der ehelichen Familien sind demnach »alternative«, »nicht-traditionelle« oder »neue« Lebensformen hinzugetreten. In der familiensoziologischen Forschung existiert eine Vielzahl von Vorschlägen zur Operationalisierung von Lebens- und Familienformen. Zentrale Dimensionen, die bei der Bestimmung von Lebens- und Familienformen herangezogen werden, sind der Familienstand und das Zusammenleben mit einem Partner beziehungsweise einer Partnerin. Letztere Information erlaubt es, nichteheliche Lebensgemeinschaften abzugrenzen. Die Anzahl der Kinder und der Beziehungs-

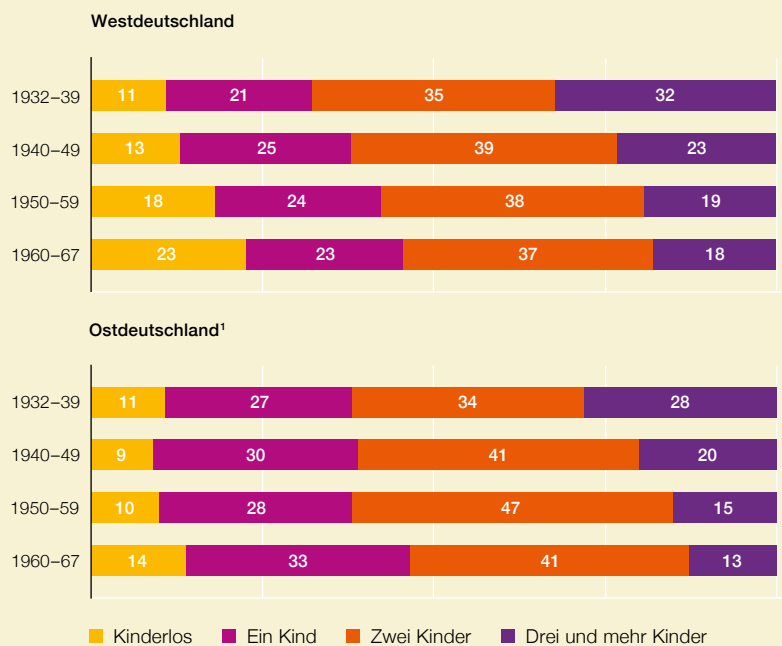
status zu den Kindern (leibliche Kinder, Stiefkinder, Adoptiv- und Pflegekinder) stellen weitere zentrale Dimensionen dar, auf deren Basis Lebens- und Familienformen operationalisiert werden können. In der familiensoziologischen Forschung ist zudem in der jüngeren Vergangenheit das Vorhandensein einer Paarbeziehung als Unterscheidungskriterium herangezogen worden, um sogenannte Living-Apart-Together-Beziehungen (LAT-Beziehungen), also Paare ohne gemeinsamen Haushalt, abzugrenzen. Mit amtlichen Daten wie dem Mikrozensus lassen sich diese Lebensformen allerdings nicht identifizieren, da nur Beziehungsgefüge innerhalb eines Haushalts erfasst werden. Auch lassen sich Stieffamilien mit den amtlichen Daten nicht von Kernfamilien unterscheiden.

Eine der wesentlichen Veränderungen in den Lebens- und Familienformen stellt die wachsende Bedeutung nichtehelichen Zusammenlebens dar. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern ist auch in Deutschland der Anteil der Personen, die direkt, das heißt ohne voreheliches Zusammenleben, heiraten, seit den 1970er-Jahren rapide zurückgegangen. Die Eheschließung ist zunehmend auf ein späteres Alter verschoben worden, und es hat sich eine Phase im Lebenslauf herausge-

bildet, in der Paare nichtehelich zusammenleben. Abbildung 3 gibt vor diesem Hintergrund die Lebensformen von Personen nach Alter und Geschlecht im Jahr 2012 wieder. Angemerkt sei, dass in der amtlichen Statistik häufig die Familie als Untersuchungseinheit herangezogen wird, um den Wandel der Familienformen abzubilden. Hingegen wird in familiensoziologischen Forschungen zumeist das Individuum als Untersuchungseinheit verwendet, das heißt, es wird dargestellt, wie viele Männer und Frauen in bestimmten Lebensformen leben. Dieses Vorgehen ist auch in Abbildung 3 (und Tabelle 3) gewählt worden.

Die Abbildung zeigt auf, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft (NEL) vor allem im frühen Lebensalter verbreitet ist. Etwa 20 % der 25- bis 29-jährigen westdeutschen Männer und Frauen leben in dieser Lebensform. Bei den ostdeutschen Frauen desselben Alters sind es sogar fast 30 %. Bei den ostdeutschen Männern kommt der NEL mit 25 % vor allem in der Altersklasse 30 bis 34 eine hohe Bedeutung zu. Die Abbildung suggeriert, dass mit zunehmendem Alter die nichteheliche Lebensgemeinschaft (NEL) an Bedeutung verliert und die Ehe sie als dominante Lebensform zunehmend ver-

► Abb 2 Verteilung der Kinderzahl nach Frauenjahrgängen 1932–1967 — in Prozent



¹ Berlin wurde zu Ostdeutschland gruppiert.
Datenbasis: Mikrozensus 2012; eigene, ungewichtete Berechnungen.

drängt. So leben unter Frauen und Männern im Alter von 45 bis 49 12 % oder weniger in einer NEL. Die Mehrheit der Personen ist in diesem Alter verheiratet. Prinzipiell zeigt sich in diesem Muster, dass Eheschließungen im späteren Lebenslauf vollzogen werden. Dennoch ist hier zu beachten, dass sich bei dieser Querschnittsbetrachtung Kohorten- und Alterseffekte vermischen. Die heute 45- bis 54-Jährigen haben zum Teil noch vor der deutschen Vereinigung geheiratet. Die Lebensformen der ostdeutschen Personen, die heute 45 Jahre und älter sind, reflektieren damit in gewissem Maße noch die demografischen Verhaltensweisen, die in der DDR typisch waren. ► Abb 3

1.3.4 Unverheiratete Elternschaft

Ein Kristallisationspunkt familiensoziologischer Debatten ist die Frage, ob die nichteheliche Lebensgemeinschaft das eheliche Lebensmodell verdrängt hat oder

ob es sich beim Rückgang der Heiratsneigung in erster Linie um »Timing-Effekte« handelt, also Eheschließungen im Lebenslauf nur aufgeschoben werden und spätestens dann geheiratet wird, wenn das erste Kind geboren wird. Der Anstieg der Nichteheleichenquote (Anteil der nichtehelich geborenen Kinder an allen Kindern) deutet darauf hin, dass die Kopplung von Eheschließung und Familiengründung sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gelockert hat. Demnach waren im Jahr 2012 fast 30 % der Geburten in Westdeutschland und rund 60 % der Geburten in Ostdeutschland nichtehelich. Bei den Erstgeburten ist der Anteil mit knapp 38 % in Westdeutschland und 74 % in Ostdeutschland deutlich höher. Beim zweiten Kind reduziert sich die Nichteheleichenquote auf etwa 50 % in Ost- und 20 % in Westdeutschland. Dieser Rückgang deutet zum einen darauf hin, dass ein relevanter Anteil von Personen zwi-

schen der Geburt des ersten und zweiten Kindes heiratet. Zum anderen ist der Unterschied darauf zurückzuführen, dass verheiratete Frauen häufiger zweite und weitere Kinder bekommen als jene, die unverheiratet sind.

Mit einer doppelt so hohen Nichteheleichenquote in Ostdeutschland wie in Westdeutschland existieren auch mehr als zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung noch deutliche Ost-West-Unterschiede im familialen Verhalten. Während die Verhaltensweisen in Westdeutschland noch weitgehend dem Muster der »kindorientierten Eheschließung« entsprechen und die Mehrzahl der westdeutschen Paare vor der Geburt des ersten Kindes heiratet, ist die Kopplung von Eheschließung und Familiengründung in Ostdeutschland eher locker ausgeprägt. Als Ursachen für diese spezifischen Muster gelten unter anderem die geringe konfessionelle Bindung in Ostdeutschland und die hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen, durch die die ökonomischen Vorteile einer Eheschließung weniger relevant sind als für westdeutsche Frauen. Weitere Ursachen könnten in den unsicheren Beschäftigungsoptionen und hohen Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland liegen, deren negative Wirkung auf die Heiratsneigung sich in internationalen Studien ebenfalls erwiesen hat. ► Tab 2

1.3.5 Familienformen und unverheiratete Elternschaft

Inwiefern es sich bei den nichtehelichen Geburten um Geburten von Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften handelt und wie oft nach der Familiengründung noch geheiratet wird, lässt sich auf Basis der amtlichen Daten nicht erschließen. Die Daten des Mikrozensus können jedoch Aufschluss über die Familienformen geben, in denen Frauen mit Kindern leben. Da es bereits seit 1996 möglich ist, nichteheliche Lebensformen im Mikrozensus abzugrenzen, lässt sich auch die Entwicklung über die Zeit darstellen.

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, ist die Mehrzahl der Frauen, die mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt leben, ver-

► Abb 3 Lebensform nach Lebensalter und Geschlecht 2012 — in Prozent



1 Personen, die zum Zeitpunkt des Interviews verheiratet sind und nicht dauernd getrennt leben. Personen in eingetragenen Lebenspartnerschaften sind wie Verheiratete behandelt worden.

2 Nichteheliche Lebensgemeinschaft; Partner lebt im Haushalt.

Datenbasis: Mikrozensus 2012; eigene, ungewichtete Berechnungen.

heiratet. Jedoch geht dieser Anteil seit 1996 deutlich zurück. Lebten 1996 in Westdeutschland noch 85 % der Mütter in einer ehelichen Lebensgemeinschaft, ist dieser Wert bis 2012 um knapp 10 Prozentpunkte auf 76 % gesunken. In Ostdeutschland ist der Anteil der verheirateten Mütter noch stärker zurückgegangen: von 75 % im Jahr 1996 auf 57 % im Jahr 2012. Hingegen ist der Anteil an Frauen mit Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (NEL) leicht gestiegen.

Lag er im Jahr 1996 bei 4 % in Westdeutschland, sind es im Jahr 2012 bereits 6 %. In Ostdeutschland ist die NEL mit Kind mit etwa 18 % im Jahr 2012 deutlich häufiger vertreten als in Westdeutschland. Obwohl nichteheliche Elternschaften an Bedeutung gewonnen haben, ist der Anteil alleinerziehender Mütter unter Frauen mit Kindern unter 18 Jahren in beiden Landesteilen weiterhin höher als der Anteil an Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Im Jahr 2012 sind

etwa ein Viertel aller ostdeutschen Frauen, die Kinder unter 18 Jahren haben, alleinerziehend. In Westdeutschland haben knapp ein Fünftel der Frauen mit Kindern unter 18 Jahren keinen Partner, der mit ihnen im selben Haushalt lebt. Während es sich in Westdeutschland bei den alleinerziehenden Frauen mehrheitlich um geschiedene beziehungsweise verheiratete und getrennt lebende Frauen handelt, sind es in Ostdeutschland mehrheitlich ledige Frauen. ► Tab 3

► **Tab 2** Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen 1980, 1990, 2000, 2010 und 2012 und nach Geburtsordnung im Jahr 2012 — in Prozent

	Alle Kinder					1. Kind	2. Kind	3. Kind
	1980	1990	2000	2010	2012	2012	2012	2012
Ostdeutschland ¹	22,8	35,0	51,5	61,2	61,6	73,7	51,3	44,3
Westdeutschland	7,6	10,5	18,6	27,0	28,4	37,8	19,5	18,2
Deutschland	11,9	15,3	23,4	33,3	34,5	44,5	25,4	22,5

¹ Ost-West-Darstellung ab 2000 ohne Berlin.
Datenbasis: Pötsch (2012), Statistisches Bundesamt.

► **Tab 3** Lebensformen von Frauen und Männern (Alter 18–54) mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt 1996, 2000 2004, 2008 und 2012 — in Prozent

	1996	2000	2004	2008	2012
Frauen Westdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	85	84	80	78	76
NEL ² mit Kind	4	4	6	6	6
Alleinerziehend	12	12	14	16	18
Frauen Ostdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	75	69	61	61	57
NEL ² mit Kind	11	13	16	15	18
Alleinerziehend	14	19	22	24	25
Männer Westdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	94	93	91	91	89
NEL ² mit Kind	4	5	7	7	8
Alleinerziehend	2	3	2	2	3
Männer Ostdeutschland					
Verheiratet mit Kind ¹	86	81	76	76	73
NEL ² mit Kind	12	15	21	21	23
Alleinerziehend	2	4	4	4	4

¹ Personen, die zum Zeitpunkt des Interviews verheiratet sind (oder in eingetragener Lebenspartnerschaft leben) und nicht dauernd getrennt leben.
² Nichteheliche Lebensgemeinschaft; Partner/-in lebt im Haushalt.
Datenbasis: Mikrozensus 1996, 2000, 2004, 2008 und 2012; eigene Berechnungen.

Männer, die mit Kindern unter 18 Jahren zusammenleben, sind häufiger als die entsprechenden Frauen verheiratet. Zudem sind die Anteile der Männer, die mit Kindern in einer ehelichen Lebensgemeinschaft leben, über die Zeit weniger stark zurückgegangen als die der Frauen. Diese Darstellung berücksichtigt jedoch nicht, dass Kinder nach einer Trennung oder Scheidung der Eltern überwiegend bei den Müttern leben, sodass »Trennungsväter« unberücksichtigt bleiben, wenn nur die Kinder erfasst werden, die im gemeinsa-

men Haushalt leben; laut Mikrozensus leben diese Väter in einer nichtfamilialen Lebensform. Da das Lebensformenkonzept des Mikrozensus überdies Verwandtschaftsverhältnisse nicht systematisch erfasst, befinden sich unter den Männern in ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern solche, deren Vaterschaftsstatus durch Stiefelternschaft begründet ist. Auf Frauen trifft dies nur in sehr geringem Umfang zu, da die meisten Kinder nach Trennung oder Scheidung bei den Müttern wohnhaft bleiben.

1.3.6 Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern

Parallel zu den Veränderungen in den Familienstrukturen hat sich das Erwerbsverhalten von Frauen und insbesondere jenen mit Kindern gewandelt. In Westdeutschland ist die Erwerbsquote von Frauen seit den 1980er-Jahren kontinuierlich angestiegen (siehe Kapitel 5.1.4) und liegt mittlerweile bei über 70 % und damit auf einem ähnlichen Niveau wie die Erwerbsquoten von Frauen in den nordischen Ländern Europas. Die Erwerbsquote ist jedoch kein hinreichender Indikator, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere jenen mit Kindern, abzubilden, da sie nicht die Variationen im Erwerbsumfang berücksichtigt. Diese sind gerade für die Beurteilung der Erwerbsmuster in Deutschland relevant, da hier der Anstieg der Erwerbsquote von Frauen vor allem mit einem Anstieg des Anteils in Teilzeit arbeitenden (10–29 Arbeitsstunden pro Woche) und marginal beschäftigten Frauen (1–9 Arbeitsstunden pro Woche) mit Kindern zusammenfällt, während sich der Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Frauen mit Kindern bislang wenig verändert hat.

Abbildung 4 stellt vor diesem Hintergrund die Erwerbsbeteiligung von Frauen nach Alter des jüngsten Kindes, das im Haushalt lebt, dar. In Westdeutschland dominiert mittlerweile die Teilzeiterwerbstätigkeit unter Frauen mit Kindern. 44 % der Frauen, die Kinder unter 18 Jahren haben, sind teilzeiterwerbstätig. Nur etwa 23 % gehen einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach. Obwohl die Bedeutung der Nichterwerbspersonen über die Zeit deutlich zurückgegangen ist, sind im Jahr 2012 immerhin noch 23 % der westdeutschen Frauen Nichterwerbspersonen; sie haben weder eine Erwerbstätigkeit angegeben, noch sind sie in Elternzeit oder erwerbslos. Bei Frauen mit Kindern unter drei Jahren fallen sogar 35 % in diese Kategorie. In Ostdeutschland ist dieser Anteil mit 27 % etwas geringer. Im Unterschied zu Westdeutschland sind 31 % der ostdeutschen Mütter mit Kindern unter drei Jahren Vollzeit berufstätig. Betrachtet man Mütter mit

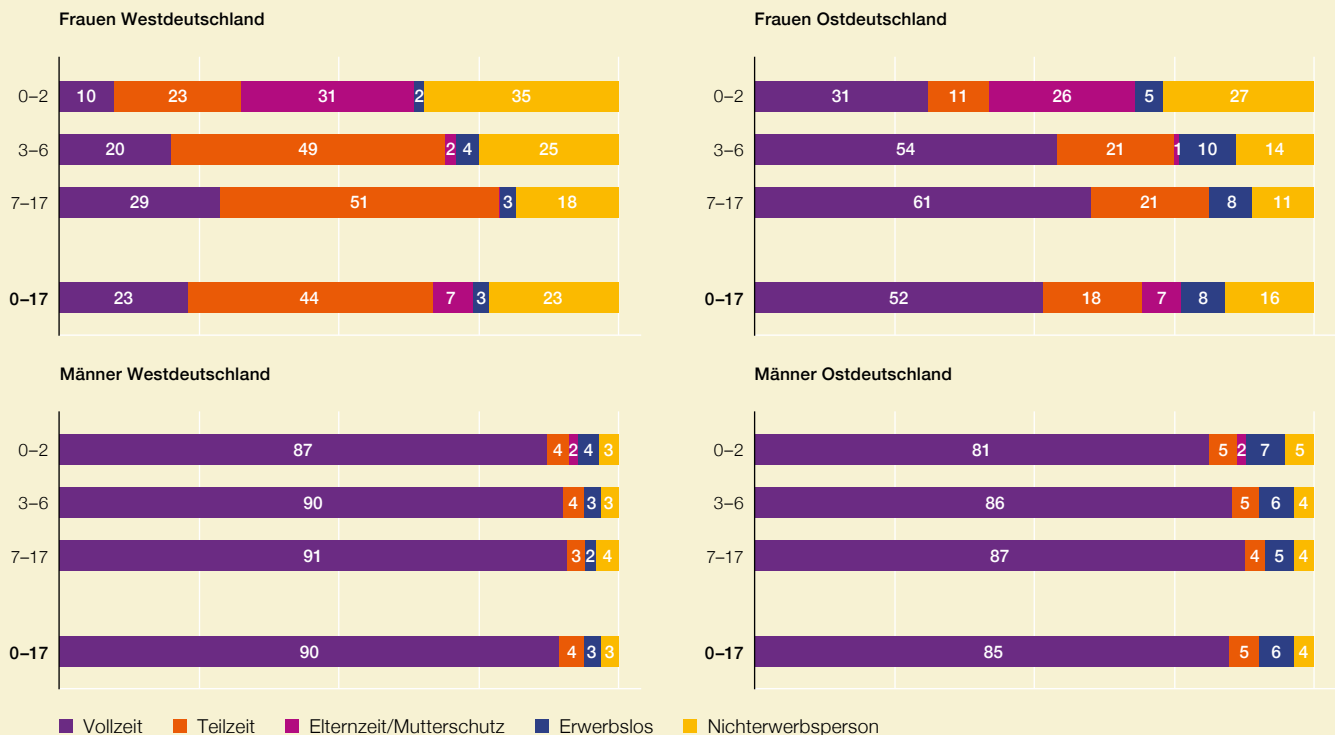
Kindern unter 18 Jahren, sind 52 % der ost-deutschen Frauen vollzeiterwerbstätig. Auffallend im Ost-West-Vergleich ist zudem der relativ hohe Anteil von erwerbslosen Frauen in Ostdeutschland. Insgesamt kommt der Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland mit 18 % eine geringere Rolle zu als in Westdeutschland, dennoch ist der Anteil teilzeiterwerbstätiger Frauen in Ostdeutschland nach der Wende deutlich angestiegen. ► Abb 4

Betrachtet man die Erwerbsmuster von Männern, die mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt leben, dominiert in West- wie in Ostdeutschland die Vollzeit-erwerbstätigkeit. Lediglich 4 beziehungsweise 5 % der Männer im jeweiligen Landesteil gehen einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach. Während Frauen, die in Teilzeit arbeiten, am häufigsten die Betreuung

von Kindern als Grund für die Teilzeiterwerbstätigkeit angeben, sind es bei den Männern andere Gründe – vor allem der Grund, dass sie keine Vollzeiterwerbstätigkeit finden konnten. Ebenfalls gering erscheint der Anteil der Väter, die in Elternzeit sind. Bei den Vätern mit Kindern im Alter von null bis zwei Jahren sind es in beiden Landesteilen nur 2 %, die zum Zeitpunkt des Interviews ihre Erwerbstätigkeit aufgrund einer Elternzeit unterbrochen oder reduziert haben. Hier muss zum einen beachtet werden, dass die Altersgruppe relativ breit gewählt ist. Bei kleinen Kindern (unter einem Jahr) erhöht sich der Anteil von Vätern in Elternzeit auf etwa 3 %. Zum anderen muss beachtet werden, dass es sich um Personen handelt, die sich »in der Berichtswoche«, also in der Woche vor dem Interviewzeit-

punkt, in Elternzeit befinden. Dies entspricht dem Anteil an Vätern in Elternzeit zu einem bestimmten Beobachtungspunkt und ist nicht mit dem Anteil der Väter, die jemals Elternzeit genommen haben, gleichzusetzen. Es entspricht auch nicht dem Anteil an Vätern, die Elterngeld beziehen, da Elterngeldbezug im Gegensatz zur Elternzeit auch für Nichterwerbspersonen und Erwerbslose möglich ist. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt der Anteil der Väter der im Jahr 2012 geborenen Kinder, die jemals Elterngeld bezogen haben, bei 29 %. Dieser Wert ist deutlich höher als der Anteil der Väter, die in der Berichtswoche in Elternzeit sind. Ein wesentlicher Grund für diese Unterschiede ist, dass viele Väter nur relativ kurz – zumeist bis zu zwei Monate – Elternzeit nehmen.

► Abb 4 Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern¹ nach Alter des jüngsten Kindes 2012 – in Prozent



¹ Kinder unter 18 Jahren im Haushalt.

Anmerkung: Für Personen, die in Elternzeit sind, aber gleichzeitig eine Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit angegeben haben, wurde nur die Elternzeit berücksichtigt. Teilzeit (0–29 Stunden) und Vollzeit (30 Stunden und mehr) bezieht sich auf die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit.

Datenbasis: Mikrozensus 2012; eigene, ungewichtete Berechnungen.